



Antragsbuch

AfD Landesparteitag 13./14.05.2023

Inhaltsverzeichnis

Anträge zur Tagesordnung.....	4
1. Zusätzlicher TOP zur Diskussion über unsere Wahlwerbung.....	5
2. Entfall von TOP 9.....	6
3. Bayerische Dialoginitiative für Frieden in Europa.....	7
4. Parteiausschlussverfahren.....	10
5. Mitgliederaufnahmen.....	11
6. Volksbegehren: „Keine Gendersprache in Bayern!“ auf den Weg bringen.....	12
7. Information zum Antrag „Änderung des §19 Abs: 2 Landessatzung BY nach Verweisung in die Satzungskommission“.....	13
Anträge zur Satzung und Wahlordnung.....	14
8. Satzungsänderung zu § 19 Landessatzung.....	15
9. Änderungsantrag zur Wahlordnung §5.....	17
10. Neufassung des § 6 Abs. 3 der Landessatzung.....	18
Änderungsanträge zum Leitantrag (Wahlprogramm).....	19
11. S.2 Änderungsantrag Corona.....	20
12. S.3 Änderungsantrag Krieg.....	21
13. S.3 Änderungsantrag Krieg 2.....	22
14. S.7 Änderungsantrag Waffenrecht.....	23
15. S.8 Änderungsantrag Justiz.....	24
16. S.10 Änderungsantrag Asyl 2.....	25
17. S.10 Änderungsantrag Masseneinwanderung.....	26
18. S.11 Änderungsantrag Islam.....	27
19. S.11 Änderungsantrag Islam 2.....	28
20. S.11 Änderungsantrag Islam 3.....	29
21. S.11 Änderungsantrag Islam 4.....	30
22. S.11 Änderungsantrag Islam 5.....	31
23. S.14 Änderungsantrag Klima.....	32
24. S.16 „Für ein bayerisches Ladenschlussgesetz“ ersetzen durch „Inflationsausgleichsprämie als permanente Regelung beibehalten“.....	33
25. S.17 Änderungsantrag Auto.....	34
26. S.17 Änderungsantrag Waffen.....	35
27. S.19 Änderungsantrag Digitales.....	36
28. S.20 Änderungsantrag StartUp.....	38
29. S.23 Änderungsantrag Geschlechter.....	39
30. S.23 Änderungsantrag Kind.....	40
31. S.23 Änderungsantrag Kinder 2.....	41
32. S.24 Änderungsantrag Allgemeinbildung.....	42
33. S.25 Änderungsantrag Inklusion.....	43
34. S.26 Änderungsantrag Forschung.....	44
35. S.29 Das kulturelle Erbe der Volksdeutschen und Heimatvertriebenen für die Zukunft bewahren.....	45

36. S.31 Änderungsantrag Landwirtschaft.....	46
37. S.31 Änderungsantrag Landwirtschaft 2.....	47
38. S.31 Kleinbäuerliche Landwirtschaft.....	48
39. S.32 Änderungsantrag Bär.....	49
40. S.32 Änderungsantrag Tiere.....	50
41. S.32 Änderungsantrag Verbraucher.....	51
42. S.33 Schutz von Mensch und Natur vor Mobilfunkstrahlung und 5G.....	52
43. S.34 Änderungsantrag Daseinsvorsorge.....	53
44. S.35 Änderungsantrag Pflichtjahr.....	54
45. S.35 Organspende muss selbstbestimmt bleiben.....	55
46. S.36 Änderungsantrag Alternativmedizin.....	57
47. S.36 Änderungsantrag Cannabis.....	58
48. S.37 Änderungsantrag Grenzwerte.....	59
49. S.38 Änderungsantrag Wohnungsbau.....	60
50. S.38 Klare Absage an alle Heizverbote.....	62
51. S.39 Glaubwürdiger Einsatz für bessere Renten.....	64
52. S.39 Gegen eine aufgeblähte Verwaltung.....	66
53. S.40 Änderungsantrag Auto.....	68
54. S.40 Änderungsantrag Auto 2.....	69
55. S.43 Idealismus statt Gier.....	70
56. S.45 Glaubwürdiger Einsatz für gesunde Staatsfinanzen.....	72
Sonstige Anträge.....	73
57. Resolution „Grundfunk statt öffentlich-rechtlicher Propaganda - Für eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“.....	74

Anträge zur Tagesordnung

1.

Zusätzlicher TOP zur Diskussion über unsere Wahlwerbung

Antragsteller:

Wolfgang Wiehle	10573868	Michael T. Benker	10643467
Pascal Pfannes	10623506	Jörg Schäfer	10624314
Claudia Marino	10576173	Werner Heim	10662240
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Jacqueline Kretschmer	10597201	Tobias Peterka	2221
Edeltraud Schwarz	6977	Roland Aicher	10591928
Klaus-Uwe Junker	9907	Klaus Rohrerhuber	10596557
Sascha Hörr	10590359	Oliver Multusch	10605479
Franz Bergmüller	5522	Klaus Ramdohr	10623492
Christian Demmel	10612073	Dr. Christian Erdelen	5415
Wolfgang Kellermann	10610984		

Der Landesparteitag möge in zwei getrennten Abstimmungen beschließen:

- A) Es wird ein neuer TO-Punkt „Diskussion über die Wahlwerbung zur LTW“ eingefügt.
- B) Dieser TO-Punkt wird nach TOP 6 „Satzungsänderung zu Europadelegierten“ eingeordnet.

Begründung:

Die am 24. April zur Bestellung durch die Kreisverbände freigegebenen Entwürfe für Themenplakate sind auf breite Kritik gestoßen. Durch eine Diskussion mit den Mitgliedern muss ein konstruktiver Lösungsweg gefunden werden. Der Landesparteitag findet zum richtigen Zeitpunkt statt, um diese Diskussion zu führen – auch über die Frage der Plakatierung hinaus.

2.

Entfall von TOP 9

Antragsteller:

Wolfgang Wiehle	10573868	Wolfgang Kellermann	10610984
Pascal Pfannes	10623506	Michael T. Benker	10643467
Claudia Marino	10576173	Jörg Schäfer	10624314
Peter Junker	10638321	Werner Heim	10662240
Jacqueline Kretschmer	10597201	Martina Kranich	10650171
Edeltraud Schwarz	6977	Tobias Peterka	2221
Klaus-Uwe Junker	9907	Roland Aicher	10591928
Sascha Hörr	10590359	Klaus Rohrerhuber	10596557
Franz Bergmüller	5522	Oliver Multusch	10605479
Christian Demmel	10612073	Klaus Ramdohr	10623492

Der Landesparteitag möge beschließen:

TO-Punkt 9 „Nachwahl Landesschiedsgericht“ wird gestrichen.

Begründung:

Die Durchführung einer Nachwahl des Landesschiedsgerichts (LSG) ist unzulässig. Nach § 2 Abs. 4 Schiedsgerichtsordnung (SGO) ist alleinig das Bundesschiedsgericht zuständig, während einer Richterlegislatur Probleme zu lösen und gegebenenfalls über eine Einsetzung eines kommissarischen Richters die Funktion eines LSG wiederherzustellen.

Mit der Behandlung dieser Thematik auf diesem Landesparteitag würde sich der Landesparteitag also in Angelegenheiten des Bundesschiedsgerichts einmischen. Das wäre für eine Partei, die sich als Rechtsstaatspartei versteht, ein peinlicher Vorgang. Die hier ggfs. getroffenen Entscheidungen wären rechtswidrig und damit nichtig. Wir würden mit der Durchführung einer solchen Nachwahl also einige Zeit verbrauchen, aber kein positives Ergebnis erzielen. Der Tagesordnungspunkt „Nachwahl Landesschiedsgericht“ ist von der Tagesordnung zu streichen.

Wortlaut von § 2 Abs. 4 SGO:

(4) Ein Schiedsgericht muß mit mindestens drei Schiedsrichtern besetzt sein, um Entscheidungen treffen zu können. Ist das nicht der Fall, benennt das Bundesschiedsgericht kommissarische Schiedsrichter, die bis zur Neuwahl im Amt sind oder erklärt ein anderes Landesschiedsgericht vorübergehend für zuständig. Dies gilt auch, wenn nicht die nötige Zahl amtierender Schiedsrichter über die Befähigung zum Richteramt verfügt.

3.

Bayerische Dialoginitiative für Frieden in Europa

Antragsteller:

Dr. Rainer Rothfuß	10644385	Axel Keib	10611426
Stephan Protschka	8488	Andrea Landerer	10621988
Ulrich Singer	10613619	Gabriele Göttling	10642611
Petr Bystron	12253	Hans-Peter Eß	10621989
Gerold Otten	4900	Matthias Heinze	10641079
Prof. Dr. Ingo Hahn	10591143	Dr. Jürgen Rössel	10638380
Martin Böhm	5546	Juri Kofner	10666770
Christina Specht	13675	Manfred Schiller	10621723
Dr. Simon Kuchlbauer	10569430	Dr. Wolfgang Maison	10592329
René Dierkes	10655775	Alfred Schmitt	10596216
Johannes Meier	10638471	Claudia Zeiler	10569399
Thomas Rüggeberg	10590524	Evelyn Eß	10621990
Michaela Klopp	10652694	Uwe Schweizer	10664780
Marvin Haas	10662168	Thomas Göttling	15502
Dr. Jürgen Spielhofen	10571563	Elena Fritz	10646951
Ute Langer	10613618	Andreas Haas	10328
Dorothe Merlot	7809	Elena Roon	10592161
Hubert Seif	10641251	Alexander Andes	10640252

Sachantrag für eine Resolution zum Landesparteitag der AfD Bayern am 13.-14. Mai 2023

Wir beantragen eine Änderung der Tagesordnung und die Beratung der nachfolgenden Resolution vor TOP8.

Bayerische Dialoginitiative für Frieden in Europa

Bayerische Interessen durch Dialoginitiative des Freistaats im Namen unserer Bürger wahren:

- Dialoginitiative aus Bayern statt Ampel-Kriegspolitik aus Berlin;
- Diplomatie statt Kriegerverlängerung durch Waffenlieferungen und Gefahr des Kriegseintritts durch massenhafte Ausbildung ukrainischer Soldaten in Bayern (Hohenfels, Grafenwöhr);
- Bayern als Brückenbauer zwischen Ost und West statt als Blinddarm Bidens einseitiger US-Interessen- und Geopolitik für eine gezielte Spaltung Eurasiens.

Wir stellen fest,

- dass sich die Situation hinsichtlich der Energieversorgung für die Wirtschaft und die Bürger in Bayern durch eine zerstörerische Energiepolitik und die Eskalation des Ukraine-Kriegs in einem Maße verschlechtert hat, dass massenhaft Existenzen gefährdet werden;

- dass der von der Ampelregierung im Einklang mit CDU und CSU gewählte eskalierende Weg von Wirtschaftssanktionen und schweren Waffenlieferungen – statt dem Anstreben einer diplomatischen Lösung im Ukraine-Krieg – unserem besonders außenabhängigen Deutschland und auch Bayern massiv schadet;
- dass Bayern als Wirtschaftsstandort mit engen außenwirtschaftlichen Verflechtungen jahrzehntelang erfolgreich war mit der Pflege guter Beziehungen nach West und Ost. Diese bauen im Hinblick auf Russland auf eine durch Franz Josef Strauß initiierte und bis Horst Seehofer gepflegte enge Partnerschaft auf, institutionalisiert im Rahmen einer formellen Kooperation des Freistaats mit der Region Moskau.

Wir fordern,

- dass die formelle Vereinbarung vom Juli 2003 über die Zusammenarbeit zwischen dem Bayerischen Landtag und der Moskauer Stadt- sowie Gebietsduma umgehend reaktiviert wird, um aus dem Freistaat Bayern Impulse zur Einleitung einer internationalen diplomatischen Initiative über bestehende bayerische Kooperationskanäle zu lancieren;
- dass der Freistaat umgehend Gespräche nach dem Vorbild Ungarns und Serbiens aufnimmt zur Wahrung der selbst während der Zeiten des Kalten Krieges sicheren Gasversorgung für Bayerns Wirtschaft und Privathaushalte, nachdem die Ampelregierung – im Einklang mit CDU und CSU – die kostengünstige und umweltfreundliche Gasversorgung gekappt hat, ohne hierfür durch EU-Sanktionsvorgaben gezwungen worden zu sein;
- dass der Freistaat Bayern im Sinne des föderalen Konzepts das politische Versagen der Ampelregierung im Bewahren des Friedens in Europa im Sinne der Bürger und Unternehmen in Bayern korrigieren hilft durch die umgehende Nutzung etablierter Gesprächskanäle mit langjährigen russischen Partnern zur Vorbereitung einer Diplomatie- und Friedensinitiative im Interesse Bayerns, Deutschlands, Europas und nicht zuletzt der Ukraine, die die meisten Opfer infolge der scheiternden Kriegsstrategie der Administration Biden sowie ihrer Verbündeten zu erleiden hat.

Begründung:

Der legendäre Flug von Franz Josef Strauß als Pilot einer zweistrahligen Cessna unter schwierigsten Bedingungen nach Moskau am 28. Dezember 1987 ruft in Erinnerung, dass Landespolitiker von Format auch in politisch schwierigen Zeiten Impulse zum Abbau übergeordneter außenpolitischer Spannungen setzen können. Die damals eingeleitete Partnerschaft hat Bayern früh in eine günstige Position privilegierter Beziehungen mit Moskau gebracht, die sich in engen wirtschaftlichen Verflechtungen zwischen dem Freistaat Bayern und Russland niederschlugen. Die Bundesregierung einschließlich CDU und CSU haben sich aktuell durch strategische Fehlkalkulationen in der Sackgasse einer Eskalationsspirale in einem äußerst bedrohlichen globalen Ost-West-Konflikt verfangen und dadurch die geopolitischen Rahmenbedingungen für wirtschaftliche Prosperität in Europa an die Wand gefahren. Es ist gegen bayerische Interessen, den Freistaat in einen Strudel geopolitisch motivierter Konfrontation eines Stellvertreterkriegs zwischen Ost und West hineinziehen zu lassen.

Die bayerische Geschichte lehrt schmerzhaft, dass es schon 1812 mit einem hohen Preis bezahlt werden musste, sich von der damaligen europäischen Imperialmacht des napoleonischen Frankreich in einen Konflikt mit Russland hineintreiben zu lassen – fast die gesamte bayerische Armee wurde damals aufgerieben. Im voraussichtlich die gesamte erste Hälfte des 21. Jahrhunderts bestimmenden geopolitischen Konflikt zwischen dem bisherigen Hegemon USA und seinen aufstrebenden Wettbewerbern in der Welt, in erster Linie den führenden BRICS-Staaten

Russland und China, sollte Bayern kluge Zurückhaltung wahren, da beide Seiten unverzichtbare Partner für gute langfristige Perspektiven der Wirtschaft des Freistaats darstellen.

Allein durch die Bereitstellung von Truppenübungsplätzen für die Ausbildung von bereits über 4.000 ukrainischen Soldaten gegen Russland in Hohenfels und Grafenwöhr könnte Deutschland völkerrechtlich als direkter Kriegsgegner gewertet werden. Bayern könnte somit ungewollt in die heiße Zone eines möglicherweise weiter eskalierenden kriegerischen Konflikts geraten, der im Mindesten hohe und lang andauernde Kosten durch das Kappen wertvoller wirtschaftlicher Beziehungen mit sich bringen würde, wenn nicht gar der opferreiche Krieg ungewollt in unsere Heimat getragen wird.

4.

Parteiausschlussverfahren

Antragsteller:

Dr. Jürgen Rössel	10638380	Roberto Serb	10634708
Siegfried Ermer	3751	Michael Meister	3614
Wilfried Biedermann	12972	Dorothe Merlot	7809
Theo Taubmann	10573761	Ute Schmidt	8551
Linda Amon	10573786	Manfred Schmidt	12788
Dr. Wolfgang Dörner	1761	Klaus Peter Bracht	10596779
Hans Schwarz	10610715	Misha Bößenecker	10616393
Bruno Fuchert	106715		

nachfolgende Antrag zur Aufnahme auf die Tagesordnung:

Hiermit beantragen wir die Mitglieder [siehe Antragsteller] den Landesvorstand zu verpflichten, innerhalb von vier Wochen nach dem Landesparteitag am 13./14.05.2023 die Mitglieder in einem Rundschreiben darüber zu informieren,

1. wie viele Ordnungsmaßnahmen bzw. Parteiausschluss Verfahren (PAV) der momentane Landesvorstand seit seiner Wahl bisher beantragt hat,
2. welche Kosten dafür bisher entstanden sind. Insbesondere die Honorare für Rechtsanwälte sind aufzuführen. Es ist weiterhin anzugeben, welche Rechtsanwälte hier beauftragt wurden.

Begründung:

Je nach Positionierung des Landesvorstandes werden Ordnungsmaßnahmen bzw. Parteiausschlussverfahren gegen Mitglieder angestrengt, um kritische und nicht genehme Mitglieder auch aus Gründen der Entfernung von Wettbewerbern anzugreifen. Grundsätzlich entscheiden die Schiedsgerichte oder auch das Landgericht Berlin über die Rechtmäßigkeit der Ordnungsmaßnahmen. Die Kosten hierfür werden jedoch aus den Mitgliedsbeiträgen bestritten.

Davon profitieren besonders Anwälte, die sich durch die AfD ihren Lebensunterhalt verdienen. Aus diesem Grunde ist hier völlige Transparenz herzustellen

5.

Mitgliederaufnahmen

Antragsteller:

Dr. Jürgen Rössel	10638380	Roberto Serb	10634708
Siegfried Ermer	3751	Michael Meister	3614
Wilfried Biedermann	12972	Dorothe Merlot	7809
Theo Taubmann	10573761	Ute Schmidt	8551
Linda Amon	10573786	Manfred Schmidt	12788
Dr. Wolfgang Dörner	1761	Klaus Peter Bracht	10596779
Hans Schwarz	10610715	Misha Bößenecker	10616393
Bruno Fuchert	106715		

nachfolgende Antrag zur Aufnahme auf die Tagesordnung:

Hiermit beantragen wir Mitglieder [siehe Antragsteller] den Landesvorstand zu verpflichten, innerhalb von vier Wochen nach dem Landesparteitag am 13. und 14. Mai 2023 die Mitglieder in einem Rundschreiben darüber zu informieren,

1. wie viele neue Mitglieder die AfD Bayern ab dem 01.01.2022 aufgenommen hat
2. wie viele dieser neu aufgenommen Mitglieder nur den verminderten Beitrag von 30 € pro Jahr. zahlen.
3. Die Aufschlüsselung hat nach Kreisverbänden zu erfolgen.

Begründung:

Die AfD Bayern wird immer mehr zur Funktionärspartei. Dies drückt sich dadurch aus, daß zum einen immer mehr Mitglieder ein Beschäftigungsverhältnis bei Mandatsträgern bekommen damit um damit ein „loyales“ Stimmverhalten, besonders bei Aufstellungsversammlungen zu sichern.

Zum anderen besteht der begründete Verdacht, daß eine Reihe von Mandatsträger in den letzten 1 ½ Jahren verstärkt Mitglieder auf 30€-Basis geworben haben.

6.

Volksbegehren: „Keine Gendersprache in Bayern!“ auf den Weg bringen

Antragsteller:

Kreisverband Passau

Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung des Landesparteitages der AfD-Bayern am 13.05.-14.05.2023; Sachantrag: Volksbegehren: „Keine Gendersprache in Bayern!“ auf den Weg bringen

Der AfD-Kreisverband Passau stellt hiermit folgenden Antrag an den Landesparteitag.

Der Landesparteitag möge beschließen, der AfD-Landesverband Bayern wird ein Volksbegehren „Keine Gendersprache in Bayern!“ unverzüglich auf den Weg bringen und gemäß den rechtlichen Vorgaben rechtzeitig die notwendigen Unterschriften sammeln und einen Antrag vor der Landtagswahl im Oktober 2023 einreichen.

Begründung:

Sprache wird von Menschen gelebt. Sie entwickelt sich aus dem Leben und verändert sich fortwährend. Gesellschaftlicher Wandel, generationsspezifische Kommunikation, wissenschaftliche, technische und globale Entwicklungen machen diesen ständigen Veränderungsprozess erforderlich. Veränderungen setzen sich aber nur durch, wenn sie von der überwiegenden Mehrheit der Sprechenden auch allgemein verstanden und akzeptiert werden

Für Veränderungen der deutschen Sprache im Sinne der sogenannten Gendersprache existiert diese Mehrheit nicht, wie verschiedene Umfragen belegen. Fast zwei Drittel der deutschen Bevölkerung, also ein deutlich großer Teil der Menschen, lehnen einen Genderzwang ab. Politik muss dieses eindeutige Votum in ihrem Handeln berücksichtigen. Ein Volksentscheid wäre hierfür das richtige Mittel.

Im Landtag Thüringen wurde ein Antrag der CDU mit den Stimmen der AfD-Fraktion befürwortet. Diese Thematik dürfte daher auch in Bayern auf großes Interesse stoßen. Man könnte das Volksbegehren effektiv zur Landtagswahl 2023 in Bayern voranbringen.

7.

Information zum Antrag „Änderung des §19 Abs: 2 Landessatzung BY nach Verweisung in die Satzungskommission“

Antragsteller:

Kreisverband Passau

Antrag auf Ergänzung der Tagesordnung des Landesparteitages der AfD-Bayern am 13.05.-14.05.2023; Sachantrag: Information zum Antrag „Änderung des § 19 Abs. 2 Landessatzung BY nach Verweisung in die Satzungskommission“

Der AfD-Kreisverband Passau stellt hiermit folgenden Antrag an den Landesparteitag.

Der Landesparteitag möge beschließen,
die AfD-Satzungskommission gibt Auskunft über den Verbleib des Antrags des AfD-Kreisverbandes Passau Änderung des § 19 Abs. 2 Landessatzung BY, der auf dem Landesparteitag am 22.10.2022 behandelt wurde und per Beschluss in die Satzungskommission zur weiteren Bearbeitung verwiesen wurde.

Begründung:

Seit dem letzten Landesparteitag sind nunmehr sechs Monate vergangen, ohne dass der Antragsteller über die weitere Behandlung des eingereichten Antrags informiert wurde. Er ist daher durchaus berechtigt über den Verbleib des Antrags, der mit Mehrheitsbeschluss in die Satzungskommission verwiesen wurde, informiert zu werden.

Anträge zur Satzung und Wahlordnung

8.

Satzungsänderung zu § 19 Landessatzung

Antragsteller:

Dr. Jürgen Rössel	10638380	Misha Bößenecker	10616393
Wilfried Biedermann	12972	Siegfried Ermer	3751
Linda Amon	10573786	Theo Taubmann	10573761
Hans Schwarz	10610715	Dr. Wolfgang Dörner	1761
Roberto Serb	10634708	Bruno Fuchert	106715
Dorothe Merlot	7809	Michael Meister	3614
Ute Schmidt	8551	Klaus Peter Bracht	10596779
Manfred Schmidt	12788		

Nachfolgender Antrag zur Aufnahme auf die Tagesordnung:

Hiermit beantragen wir, die Mitglieder [siehe Antragsteller] die im Anhang angeführte Satzungsänderung zu § 19 Landessatzung. Im Anhang ist die derzeitige Fassung des § 19 der Landessatzung und der Text der von uns beantragten Neufassung aufgeführt.

Der Antrag entspricht im Wortlaut dem beim letzten und vorletzten Landesparteitag gestellten Antrag.

Derzeit:

§ 19 Zusammensetzung Landesvorstand
Beschäftigungsverhältnisse und Abhängigkeiten

(1) Ein Mitglied des Landesvorstandes darf weder beruflich noch finanziell von der Partei abhängig sein.

Ein Mitglied des Landesvorstandes darf nicht in einem Beschäftigungsverhältnis zu Abgeordneten oder Fraktionen im Europaparlament, Deutschen Bundestag, einem Landtag, einer politischen Stiftung oder einem anderen stimmberechtigten Vorstandsmitglied stehen.

(2) Ein Abgeordneter im Bundestag, Landtag oder im Europaparlament und ein von ihm beschäftigtes Mitglied dürfen nicht gleichzeitig im Vorstand derselben Gliederung sein. Es gilt eine Übergangsfrist bis zu der Neuwahl des entsprechenden Gliederungsvorstands.

Neufassung:

§ 19 Zusammensetzung Landes-, Bezirks- und Kreisvorstand
Beschäftigungsverhältnisse und Abhängigkeiten

(1) Ein Mitglied des Landesvorstandes, des Bezirksvorstandes und der Vorsitzende eines Kreisverbandes dürfen weder beruflich noch finanziell von der Partei abhängig sein.

Ein Mitglied des Landesvorstandes, des Bezirksvorstandes und der Vorsitzende eines Kreisverbandes darf nicht in einem bezahlten Beschäftigungsverhältnis zu Abgeordneten im Europaparlament, Deutschen Bundestag, einem Landtag oder einem anderen stimmberechtigten Vorstandsmitglied stehen.

Ein Mitglied des Landesvorstandes darf nicht in einem bezahlten Beschäftigungsverhältnis zu einer Fraktion im Europaparlament, Deutschen Bundestag, Landtag oder einer politischen Stiftung stehen.

Für Mitglieder von Bezirks- und Kreisvorständen besteht eine Offenlegungs- und Meldepflicht für obengenannte bezahlte Beschäftigungsverhältnisse.

Für Mitglieder des Landesvorstandes, des Bezirksvorstandes und des Kreisvorstandes besteht eine Offenlegungs- und Meldepflicht für über sie laufende bezahlte Beschäftigungsverhältnisse von Mitgliedern der Partei.

(2) Ein Abgeordneter im Bundestag, Landtag oder im Europaparlament und ein von ihm beschäftigtes Mitglied dürfen nicht gleichzeitig im Vorstand derselben Gliederung sein. Es gilt eine Übergangsfrist bis zu der Neuwahl der entsprechenden Gliederungsvorstands.

9.

Änderungsantrag zur Wahlordnung §5

Antragsteller:

Kreisvorstand München-Nord

Hinweise:

Änderungen in **blau**

Anmerkungen in *kursiv*

§ 5 Aufstellungsversammlungen zu öffentlichen Wahlen

(3) Wahl der **Listenkandidaten zur Landtagswahl und Bezirkstagswahl**

Die Kandidaten werden einzeln vorgeschlagen. Listenvorschläge sind unzulässig. Bei der Wahl der Listenkandidaten entscheidet die Aufstellungsversammlung welches der folgenden Einzel-/Gruppenwahlverfahren zur Durchführung kommen soll.

(keine weitere Änderung)

(4) Wahl der **Listenkandidaten zur Kommunalwahl**

Die Kandidaten können einzeln vorgeschlagen werden. Listenvorschläge sind zulässig. Bei der Wahl der Listenkandidaten entscheidet die Aufstellungsversammlung welches der folgenden Einzel-/Gruppenwahlverfahren zur Durchführung kommen soll.

a) Herkömmliches Einzel-/Gruppenwahlverfahren gemäß § 6.

b) Akzeptanzwahlverfahren nach § 7.

c) Zwei-Stufen-Wahlverfahren gemäß § 8.

d) Listenwahl nach §8 (1) b) i. Zweiter Wahlgang zur Bestimmung der Reihenfolge

(5) Führungszeugnis (*war (4) alt*)

Begründung:

Zur Kommunalwahl waren sich viele Kreisverbände und deren Mitglieder einig, wie die Liste aussehen sollte, trotzdem musste viel Zeit investiert werden, um die Listen von Bezirksausschüssen, Kreistagen, Gemeindegäten, usw. zu wählen (z.B. 11 Einzelwahlen bei 11 Stadträten). Da die letztendliche Entscheidung beim Wähler liegt, sind die Reihungen bei den Listen fast unwichtig. Dieser Antrag soll helfen, Listen leichter zu erstellen, wenn sich die Mitglieder einig sind und die kommunale Ebene zu stärken und vom Bezirks- und Landtag zu trennen.

10.

Neufassung des § 6 Abs. 3 der Landessatzung

Antragsteller:

Stephan Protschka	8488	Georg Hock	7674
Rainer Rothfuß	10644385	Benjamin Nolte	10577069
Martin Böhm	5546	Kathrin Knabe	10634092
Manfred Schiller	10621723	Michael Stauch	10641961
Ferdinand Mang	10637649	Erhard Brucker	10641095

Die hier Unterzeichnenden beantragen die Änderung der Bayerischen Landessatzung an folgend bezeichneter Stelle:

Neufassung des § 6 Abs. 3 der Landessatzung :

Für die Delegiertenwahl zur Europawahlversammlung zur Europawahl 2024 gilt die in diesem Absatz beschriebene einmalige Sonderregelung, die mit Ablauf des 30.06.2024 außer Kraft tritt. Die vom Landesverband zur Europawahlversammlung zu entsendenden Delegierten werden entsprechend der Mitgliederzahl zum 01.06.2023 auf die an diesem Tag bestehenden Kreisverbände verteilt. Jeder Kreisverband erhält einen Grunddelegierten. Die danach verbleibenden Delegierten des Landesverbands werden auf die Kreisverbände nach dem Hare-Niemeyer-Verfahren verteilt. Bei Uneindeutigkeit erhält der Kreisverband den Delegierten, der mehr Mitglieder hat, bei Mitgliederleichheit entscheidet das Los aus der Hand des Landesvorsitzenden. Soweit sich Kreisverbände nach dem 01.06.2023 gründen, teilen, auflösen oder mit anderen Kreisverbänden vereinigen, bleibt dies für die Verteilung der Delegierten zur Europawahlversammlung außer Betracht. Sind oder werden in solchen Fällen nach dem 01.06.2023 Delegiertenwahlen erforderlich, sind diese in Mitgliederversammlungen entsprechend dem räumlichen Tätigkeitsbereich der am 01.06.2023 bestehenden Kreisverbände zu wählen, zu denen jeweils der Vorstand der niedrigsten Gliederung einlädt, deren räumlicher Tätigkeitsbereich den gesamten räumlichen Tätigkeitsbereich des am 01.06.2023 bestehenden Kreisverbands umfasst. Im Übrigen gilt § 6 Abs. 1 bis 2 entsprechend.

Begründung: Mit der bisherige Satzungsregelung werden die Mitglieder von sehr kleinen Kreisverbänden (oft durch KV-Teilung bedingt) von der Möglichkeit ausgegrenzt, Delegierte zur Aufstellung der Europaliste für die Europawahl 2024 zu entsenden, sind in diesem Sinne von der demokratischen Willensbildung abgeschnitten. Dies Tatsache läuft dem Gedanken des § 10 des Europawahlgesetzes zuwider und bedarf, auch um die Legitimation der Gesamtheit der Bayerischen Delegierten nicht zu gefährden, der Heilung. Der hier eingebrachte – zeitlich und sächlich befristete – Satzungsänderung ist somit notwendig, um kurzfristig die Möglichkeit zu schaffen, dass alle Parteimitglieder am demokratischen Willensbildungsprozess zur Wahl der Delegierten zur Europalisten aufstellung beteiligt werden, so wie es die sorgfältige Beachtung des Paragraph 10 des Europawahlgesetzes erfordert.

Änderungsanträge zum Leitantrag (Wahlprogramm)

11.

S.2 Änderungsantrag Corona

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Michael Müller	10590472
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Mario Schulze	10655331	Klaus Ramdohr	10623492
Florian Köhler	10591565	Manuela Steurer	10640690
Werner Heim	10662240	Klaus Rohrerhuber	10596557
Sascha Hörr	10590359	Jörg Mikszas	10639229
Philip Becker	10648315	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Stefan Katzenberger	10640251	Andreas Mayer	10612218

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Die Überschrift des Abschnitts „Nie wieder Lockdowns!“ wird geändert in „Nie wieder Lockdowns: Aufarbeitung des Corona-Maßnahmenregimes“.

Begründung:

Neben des prägnanten Ausrufes „Nie wieder Lockdowns“ sollten wir auch in der Überschrift in den Fokus rücken, dass wir als einzige Partei eine schonungslose Aufarbeitung der Corona-Politik fordern.

12.

S.3 Änderungsantrag Krieg

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Stefan Katzenberger	10640251
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Werner Heim	10662240	Klaus Ramdohr	10623492
Elias Merkle	10674633	Klaus Rohrer	10596557
Sascha Hörr	10590359	Andreas Mayer	10612218
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Beim Abschnitt „Deutschland als Mittler statt als Kriegspartei“ wird nach dem ersten Satz folgendes eingefügt:

„Die AfD verurteilt den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine.“

Begründung:

Es ist die immer wieder von unserer Bundestagsfraktion und unseren beiden Bundessprechern Alice Weidel und Tino Chrupalla geäußerte Position, dass wir den russischen Angriffskrieg verurteilen. Die richtige Ablehnung der eigenschädlichen Sanktionen sowie der Waffenlieferungen sollte nicht durch eine leicht angreifbare Ambivalenz bezüglich des russischen Einmarsches in die Ukraine zum eigenverschuldeten Elfmeter für die Altparteien gegen uns gemacht werden.

13.

S.3 Änderungsantrag Krieg 2

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Dieter Leusch	10607168
Klaus Meier	10616203	Michael Müller	10590472
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Ramdohr	10623492
Werner Heim	10662240	Manuela Steurer	10640690
Sascha Hörr	10590359	Klaus Rohrer	10596557
Philip Becker	10648315	Jörg Mikszas	10639229
Elias Merkle	10674633	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Stefan Katzenberger	10640251	Andreas Mayer	10612218
Werner Bulling	6922		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Beim Abschnitt „Deutschland als Mittler statt als Kriegspartei“ wird der vorletzte Satz gestrichen.

Begründung:

Es ist faktisch falsch, dass die Bundesregierung erst im Ukraine-Krieg von der Position „Keine Waffenlieferung in Kriegsgebiete“ abgerückt ist. So kam es bereits 2014 zu Lieferungen deutscher Waffen an die Kurden im Irak, die gegen den IS kämpften. Der zu streichende Satz ist also schlicht faktisch falsch. Derartige Fehler sollten wir nicht in unserem Programm haben.

14.

S.7 Änderungsantrag Waffenrecht

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Dieter Leusch	10607168
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Mario Schulze	10655331	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Ramdohr	10623492
Werner Heim	10662240	Manuela Steurer	10640690
Sascha Hörr	10590359	Klaus Rohrerhuber	10596557
Philip Becker	10648315	Jörg Mikszas	10639229
Elias Merkle	10674633	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Stefan Katzenberger	10640251	Andreas Mayer	10612218

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Der Abschnitt „Nutzlose Verschärfung des Waffenrechts verhindern“ ersetzt durch:

„Verschärfung des Waffenrechts verhindern

Von Jägern über Sammler bis zu Sportschützen – Legalwaffenbesitzer sind ein unverrückbarer Teil Bayerns. Jahre und Jahrzehnte an vollkommen unverhältnismäßigen Waffenrechtsverschärfungen sowie die immer stärkere Gängelung durch Behörden gefährden die Jagd, den Sport sowie die Traditionspflege in Bayern.

Jegliche Verschärfung des Waffenrechts lehnen wir entschieden ab, da das real existierende Problem der Waffengewalt durch die in Umlauf befindlichen nicht erfassten illegalen Waffen hervorgerufen wird. Weiterhin lehnen wir die Errichtung sogenannter „Waffenverbotszonen“ ab, die mit massiven Freiheitseingriffen ineffektiv nur Symptome bekämpfen, statt die Probleme an der Wurzel anzupacken. Grundsätzlich wollen wir weg von der Kultur des Misstrauens des übergriffigen Staates und hin zu einem Waffenrecht, das die Bedürfnisse der Traditionspflege, der Jagd, des Sportes und der Selbstverteidigung schützt. Europäische Demokratien wie die Schweiz oder Tschechien zeigen hierzu einen gangbaren Weg.“

Begründung:

Der beschlossene Text des LFA 5 wurde hier ohne Rücksprache geändert. Dem offensichtlichen Wunsch einer kürzeren Fassung wird mit vorliegenden Änderungsantrag entsprochen.

15.

S.8 Änderungsantrag Justiz

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Dieter Leusch	10607168
Klaus Meier	10616203	Michael Müller	10590472
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Mario Schulze	10655331	Klaus Ramdohr	10623492
Florian Köhler	10591565	Manuela Steurer	10640690
Werner Heim	10662240	Klaus Rohrerhuber	10596557
Philip Becker	10648315	Jörg Mikszas	10639229
Elias Merkle	10674633	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Stefan Katzenberger	10640251	Andreas Mayer	10612218
Werner Bulling	6922		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Justiz entbürokratisieren – Judikative stärken“ wird im dritten Satz „entsprechend europäischen Mindeststandards“ gestrichen.

Begründung:

Der beschlossene Text des LFA 5 wurde hier ohne Rücksprache geändert. Weiterhin ist die gewählte Formulierung missverständlich.

16.

S.10 Änderungsantrag Asyl 2

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Michael Müller	10590472
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Mario Schulze	10655331	Klaus Ramdohr	10623492
Florian Köhler	10591565	Manuela Steurer	10640690
Werner Heim	10662240	Klaus Rohrerhuber	10596557
Sascha Hörr	10590359	Jörg Mikszas	10639229
Philip Becker	10648315	Steven Winter	10652538
Elias Merkle	10674633	Christian Wolf	10648104
Edeltraud Schwarz	6977	Dr. Christian Erdelen	5415
Klaus-Uwe Junker	9907	Claudia Marino	10576173
Heidi Pelz	10636038	Andreas Mayer	10612218
Stefan Katzenberger	10640251		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Migrationskosten begrenzen“ wird der letzte Satz durch folgendes ersetzt:

„Sozialleistungen nach dem Aufenthaltsrecht sollen nach Möglichkeit in Form von Sachleistungen bereitgestellt werden. Weiterhin sollen sich Geldleistungen am europäischen Durchschnitt orientieren.“

Begründung:

Eine Anpassung der Geldleistungen ist wünschenswert, aber Sozialleistungen in Form von Sachleistungen ist noch wünschenswerter.

17.

S.10 Änderungsantrag Masseneinwanderung

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Dieter Leusch	10607168
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Mario Schulze	10655331	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Ramdohr	10623492
Werner Heim	10662240	Manuela Steurer	10640690
Sascha Hörr	10590359	Klaus Rohrer	10596557
Philip Becker	10648315	Jörg Mikszas	10639229
Elias Merkle	10674633,	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Stefan Katzenberger	10640251	Andreas Mayer	10612218

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Kulturfremde Masseneinwanderung – das verdrängte Langzeitproblem“ wird der dritten Satz folgend neu gefasst:

„Maßnahmen gegen illegale Einwanderung sowie der Schutz unserer Werteordnung vor weiter fortschreitender Islamisierung sind unerlässlich. Wir setzen uns für klare Regeln für eine kontrollierte, in der Regel zeitlich befristete und in jedem Fall numerisch strikt begrenzte Migration Hochqualifizierter in unseren Arbeitsmarkt ein.“

Begründung:

Das gewählte Beispiel der Einwanderungspolitik Kanadas ist nicht im Interesse Deutschlands und programmatisch überholt. Kanadas Einwanderungspolitik führte und führt zu einer immer stärkeren Überfremdung des Landes durch vermeintliche Flüchtlinge aus dem Nahen Osten und Afrika sowie der gezielten massenhaften Anwerbung von Fachkräften aus Asien. Weiterhin sollte uns der Kampf gegen illegale Einwanderung und der Schutz vor Islamisierung wichtiger sein als der Zuzug Hochqualifizierter, was im ursprünglichen Text jedoch als gleich wichtig gewichtet wurde. Und es muss auch klargestellt werden, dass der Zuzug Hochqualifizierter in jedem Fall strikt numerisch begrenzt werden muss – was natürlich auch eine Begrenzung auf null einschließen kann.

18.

S.11 Änderungsantrag Islam

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Dieter Leusch	10607168
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Mario Schulze	10655331	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Ramdohr	10623492
Werner Heim	10662240	Manuela Steurer	10640690
Sascha Hörr	10590359	Klaus Rohrer	10596557
Philip Becker	10648315	Jörg Mikszas	10639229
Elias Merkle	10674633	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Stefan Katzenberger	10640251	Andreas Mayer	10612218

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Der Abschnitt „Der politische Islam gehört nicht zu Bayern“ wird folgend neu gefasst:

„Der Islam gehört nicht zu Bayern

Der politische Islam hat das Ziel, Regeln in unsere Gesellschaft einzuführen, die staatliches Handeln unter ein religiöses Primat stellen, die Gleichberechtigung von Mann und Frau sowie die Selbstbestimmung des Einzelnen ablehnen. Dies widerspricht der Ordnung des Grundgesetzes. Durch den Aufbau von Parallelgesellschaften mit eigenem Rechtssystem (Scharia) wird die freiheitlich-demokratische Grundordnung untergraben.

Begründung:

Wir haben schon immer gesagt, dass der Islam nicht zu Deutschland bzw. Bayern gehört. Dies sollte im Verhältnis zum Begriff des politischen Islam klargestellt und unterschieden werden. Genau in dieser Frage, ob der Islam zu Bayern gehört, unterscheiden wir uns von allen anderen Parteien. Das sollte dementsprechend zentral als Überschrift herausgestellt werden.“

19.

S.11 Änderungsantrag Islam 2

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Dieter Leusch	10607168
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Mario Schulze	10655331	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Manuela Steurer	10640690
Werner Heim	10662240	Klaus Rohrerhuber	10596557
Sascha Hörr	10590359	Jörg Mikszas	10639229
Philip Becker	10648315	Steven Winter	10652538
Elias Merkle	10674633	Christian Wolf	10648104
Edeltraud Schwarz	6977	Dr. Christian Erdelen	5415
Klaus-Uwe Junker	9907	Claudia Marino	10576173
Heidi Pelz	10636038	Andreas Mayer	10612218
Stefan Katzenberger	10640251		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Islamisierung unserer Lebenswelt unterbinden“ wird der dritte und vierte Satz folgend neu gefasst:

„Sonderregeln in Schwimmbädern für Moslems oder gar eine „Scharia-Polizei“ bzw. „Scharia-Gerichte“ lehnen wir strikt ab. Der öffentlichen Muezzinruf als Verkündung des islamischen Bekenntnisses hat keinen Platz in unserem Bayern. Das religiös und kulturell tief in unserem Land verwurzelte Läuten der Glocken christlicher Kirchen ist nicht gleichwertig mit dem Muezzinruf und widerspricht deshalb nicht dem signifikanten säkularen Charakter unseres Freistaates.“

Begründung:

Es ist wichtig herauszustellen, dass der Muezzinruf dem christlichen Glockenläuten gegenüber nicht gleichwertig ist und warum dies so ist.

20.

S.11 Änderungsantrag Islam 3

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Dieter Leusch	10607168
Klaus Meier	10616203	Michael Müller	10590472
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Mario Schulze	10655331	Klaus Ramdohr	10623492
Florian Köhler	10591565	Manuela Steurer	10640690
Werner Heim	10662240	Klaus Rohrerhuber	10596557
Sascha Hörr	10590359	Jörg Mikszas	10639229
Philip Becker	10648315	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Stefan Katzenberger	10640251	Andreas Mayer	10612218
Werner Bulling	6922		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Islamisierung unserer Lebenswelt unterbinden“ wird am Ende folgendes hinzugefügt:

„Dies umfasst explizit den Bau von Minaretten, die wir als Machtdemonstration eines politischen Islams betrachten und ablehnen.“

Begründung:

Wir sollten explizit eine Ablehnung des Baus von Minaretten in das Programm schreiben.

21.

S.11 Änderungsantrag Islam 4

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506
Florian Köhler	10591565
Charline Breuder	10675187
Claudia Marino	10576173
Andreas Mayer	10612218
Edeltraud Schwarz	6977
Mario Schulze	10655331
Werner Heim	10662240
Dr. Christian Erdelen	5415
Wolfgang Wiehle	10573868

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Islamisierung unserer Lebenswelt unterbinden“ wird „Kulturbonus“ durch „Kulturrabatt“ ersetzt.

Begründung:

„Kulturrabatt“ ist der gängige Begriff für das, was im Leitantrag gemeint ist. Sucht man nach „Kulturbonus“, wird einem der „KulturPass für 18-Jährige“ von der Bundesregierung als Ergebnis geliefert. Wir sollten in unserer Sprache nachvollziehbar klar sein und auf gängige Begriffe zurückgreifen, weswegen diese Änderung sinnvoll ist.

S.11 Änderungsantrag Islam 5

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Dieter Leusch	10607168
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Mario Schulze	10655331	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Ramdohr	10623492
Werner Heim	10662240	Manuela Steurer	10640690
Sascha Hörr	10590359	Klaus Rohrerhuber	10596557
Philip Becker	10648315	Jörg Mikszas	10639229
Elias Merkle	10674633	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Stefan Katzenberger	10640251	Andreas Mayer	10612218

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Unterdrückung der Frauen im Islam bekämpfen“ wird der letzte Satz folgend geändert und weiter ergänzt durch:

„Wir wollen am Kopftuchverbot im öffentlichen Dienst, in Kitas und Schulen festhalten sowie für eine konsequente Durchsetzung des Kopftuchverbots sorgen. Das Kopftuchverbot sollte zudem auch Kindergartenkinder und Schüler umfassen. Weiterhin setzen wir uns für ein Burkaverbot in der Öffentlichkeit ein.“

Begründung:

Das bisherige Kopftuchverbot hat Regelungslücken, die Ausnahmen vom Verbot erlauben. Ein Kopftuchverbot ergibt aber nur Sinn, wenn es konsequent durchgesetzt wird. Weiterhin sollte das Verbot auch Kindergartenkinder und Schüler umfassen, da dies den Integrationsprozess fördert. Zudem haben frauenverachtende Burkas keinen Platz in einer freiheitlichen Gesellschaft, weswegen wir uns für ein Burkaverbot in der Öffentlichkeit einsetzen sollten.

23.

S.14 Änderungsantrag Klima

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Dieter Leusch	10607168
Klaus Meier	10616203	Michael Müller	10590472
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Ramdohr	10623492
Sascha Hörr	10590359	Manuela Steurer	10640690
Philip Becker	10648315	Klaus Rohrerhuber	10596557
Edeltraud Schwarz	6977	Jörg Mikszas	10639229
Klaus-Uwe Junker	9907	Steven Winter	10652538
Heidi Pelz	10636038	Christian Wolf	10648104
Stefan Katzenberger	10640251	Claudia Marino	10576173
Werner Bulling	6922	Andreas Mayer	10612218

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Infrastruktur ans Klima anpassen, nicht umgekehrt“ wird am Ende hinzugefügt:

„Die notwendigen Anpassungen an den natürlichen Klimawandel (die Niederlande sind hierfür ein historisches Beispiel) sind ökonomischer und schonender für die Freiheitsrechte der Bürger als der Versuch der Veränderung des Weltklimas durch eine teure Klimapolitik, die die Freiheitsrechte der Bürger massiv beschneidet.“

Begründung:

Es ist notwendig, nicht nur konkrete Beispiele für die Anpassung an Klimaveränderungen zu nennen, sondern den konkreten Vorteil gegenüber der Klimapolitik zu artikulieren: Es ist günstiger und schränkt die Freiheit nicht ein. Weiterhin sollte noch einmal betont werden, dass der Klimawandel natürlich ist.

24.

S.16 „Für ein bayerisches Ladenschlussgesetz“ ersetzen durch „Inflationsausgleichsprämie als permanente Regelung beibehalten“

Antragsteller:

Bezirksverband Mittelfranken [Eingereicht 30.04.2023]

Der Vorstand des Bezirksverbands Mittelfranken beantragt hiermit die Ersetzung des Absatzes im Leitantrag LTW-Programm 2023:

Für ein bayerisches Ladenschlussgesetz

Bayern wendet immer noch das völlig veraltete Ladenschlussgesetz des Bundes von 2003 an. Die AfD will dies mit einem eigenen bayerischen Ladenschlussgesetz ändern, das zu den Lebensrealitäten der Bürger passt und Arbeitnehmer schützt. Verkaufsstellen sollen künftig regulär bis 22 Uhr öffnen dürfen, sofern Arbeitgeber und Arbeitnehmer dies wünschen. Weitergehende Ausnahmeregelungen, z.B. für Bahnhöfe, sind zu ermöglichen. Unsere Innenstädte möchten wir durch ein einfacheres Genehmigungsverfahren für verkaufsoffene Sonntage stärken. Das grundsätzliche Verbot der Ladenöffnung am Sonntag möchten wir jedoch beibehalten, damit weiterhin ein Ruhetag gegeben ist.

durch den Absatz:

Inflationsausgleichsprämie als permanente Regelung beibehalten

Im Zuge der Tarifauseinandersetzungen im öffentlichen Dienst wurde vom Bund eine Regelung geschaffen, die Arbeitgebern zur Abmilderung der Inflation zusätzliche Zahlungen von bis zu 3.000 Euro von 26. Oktober 2022 bis Ende 2024 an ihre Beschäftigten steuer- und sozialabgabenfrei ermöglicht. Wir fordern den Bund und die Staatsregierung auf diese Regelung über Ende 2024 hinaus als permanente Regelung beizubehalten. Gleichzeitig rufen wir die Arbeitgeber in Bayern dazu auf, diese Möglichkeit zu nutzen, um das Einkommen ihrer Beschäftigten steuer- und sozialabgabenfrei aufzubessern.

Grund für die beantragte Änderung ist der deutliche Unmut über die beabsichtigte Ausweitung der Ladenöffnungszeiten bis 22 Uhr unter unseren im Verkauf tätigen Mitgliedern. Wir wollen nicht mit solchen FDP-Positionen in den Landtagswahlkampf ziehen. Der Landesverband Bayern und die Kandidaten zur Landtagswahl sollen sich stattdessen für die bayerischen Arbeitnehmer einsetzen, deren frei verfügbares Einkommen durch die Inflation der letzten Jahre bereits erheblich abgeschmolzen ist und wohl auch noch weiter sinken wird.

25.

S.17 Änderungsantrag Auto

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Dieter Leusch	10607168
Klaus Meier	10616203	Michael Müller	10590472
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Ramdohr	10623492
Werner Heim	10662240	Manuela Steurer	10640690
Sascha Hörr	10590359	Klaus Rohrerhuber	10596557
Philip Becker	10648315	Jörg Mikszas	10639229
Edeltraud Schwarz	6977	Steven Winter	10652538
Klaus-Uwe Junker	9907	Christian Wolf	10648104
Heidi Pelz	10636038	Dr. Christian Erdelen	5415
Stefan Katzenberger	10640251	Claudia Marino	10576173
Werner Bulling	6922	Andreas Mayer	10612218

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Die bayerische Automobilindustrie erhalten und alle modernen Antriebstechnologien zulassen“ wird die Überschrift auf „Die bayerische Automobilindustrie erhalten und die freie Wahl der Antriebstechnologie schützen“ geändert und die letzten drei Sätze folgend neu gefasst:

„Die Förderung der Elektromobilität ist einzustellen und die Technologie einer objektiven Bewertung der Antriebstechnologie unter der Berücksichtigung der Schattenseiten der Batterieproduktion, aufgrund von damit einhergehenden schwerwiegenden Eingriffen in die Umwelt, zu unterziehen. In Zeiten einer unsicheren Stromversorgung sowie einer Energiepolitik, die auf absehbare Zeit den Strommangel politisch aufrechterhält, sind die geplanten E-Mobilitätsziele ohnehin nicht umsetzbar. Synthetischen Kraftstoffen sind keine unangemessenen staatlichen Hürden aufzuerlegen.“

Begründung:

Wir sollten keine Antriebstechnologien staatlicherseits „zulassen“, sondern die natürliche freie Wahl zwischen den Antriebstechnologien schützen. Weiterhin sollten wir uns dazu bekennen die Subventionierung der E-Mobilität einzustellen und damit den Steuerzahler zu schützen. Ob synthetische Kraftstoffe relevant für die Mobilität der Zukunft sind, wissen wir nicht und sollten wir auch politisch nicht prognostizieren. Klar ist, dass synthetischen Kraftstoffen aber keine unangemessenen staatlichen Hürden aufzuerlegen sind.

26.

S.17 Änderungsantrag Waffen

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Dieter Leusch	10607168
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Mario Schulze	10655331	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Ramdohr	10623492
Werner Heim	10662240	Manuela Steurer	10640690
Sascha Hörr	10590359	Klaus Rohrerhuber	10596557
Philip Becker	10648315	Jörg Mikszas	10639229
Elias Merkle	10674633	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Stefan Katzenberger	10640251	Andreas Mayer	10612218

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Erhalt einer leistungsfähigen wehrtechnischen Industrie in Bayern“ wird am Ende hinzugefügt:

„Die AfD betrachtet die wehrtechnische Industrie als elementaren Teil unserer nationalen Selbstverteidigung und damit unserer nationalen Interessen. Deutsche wehrtechnische Unternehmen sind in vielen Bereichen technologisch führend im weltweiten Vergleich. Einen Ausverkauf von deutschen Rüstungsunternehmen ins Ausland lehnen wir entschieden ab.“

Begründung:

Es ist noch wichtig zu betonen, dass wir den Ausverkauf von deutschen Rüstungsunternehmen ins Ausland entschieden ablehnen.

S.19 Änderungsantrag Digitales

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Dieter Leusch	10607168
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Mario Schulze	10655331	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Manuela Steurer	10640690
Werner Heim	10662240	Klaus Rohrerhuber	10596557
Sascha Hörr	10590359	Jörg Mikszas	10639229
Philip Becker	10648315	Steven Winter	10652538
Elias Merkle	10674633	Christian Wolf	10648104
Edeltraud Schwarz	6977	Dr. Christian Erdelen	5415
Klaus-Uwe Junker	9907	Claudia Marino	10576173
Heidi Pelz	10636038	Andreas Mayer	10612218
Stefan Katzenberger	10640251		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Digitale Infrastruktur und Netzausbau“ wird nach dem vorletzten Satz hinzugefügt:

„Eine Beteiligung von chinesischen Konzernen, die de facto der Kontrolle der Kommunistischen Partei Chinas unterliegen, lehnen wir ab.“

Begründung:

Die vergangenen Corona-Jahre haben eindrucksvoll gezeigt, zu was Regierungen bereit sind. In China hat die Regierungspartei, die Kommunistische Partei Chinas, nicht nur die wahrscheinliche Entstehung des Corona-Virus in einem Labor in Wuhan vertuscht, sowie die Verbreitung des Virus erst verschwiegen, sondern ein Corona-Regime für die eigenen Bürger errichtet, das man nicht anders als totalitär bezeichnen kann. Corona-Extremisten wie Karl Lauterbach blickten neidisch auf das, was die KP Chinas machte, konnten es zum Glück aber nicht zu 100 Prozent in Deutschland umsetzen. Die ohnehin schon weit ausgebaute digitale Überwachung in China – Stichwort Sozialkreditsystem – wird ermöglicht durch Technik vermeintlich privater Unternehmen aus China, die aber allesamt faktisch unter der Kontrolle der Kommunisten in Peking stehen. Wenn die Machthaber in Peking die von ihnen kontrollierte Technik bereits so schamlos-totalitär gegen die eigene Bevölkerung einsetzen, wie viel Skrupel werden sie dann erst haben, wenn es darum geht exportierte chinesische Technologie gegen die vermeintlich „feindlichen“ westlichen Gesellschaften einzusetzen und damit auch gegen das deutsche Volk? Wir sollten der Kommunistischen Partei Chinas keine Hardware-Hintertür bauen, um alles überwachen zu können, was die Deutschen im Internet machen. Angela Merkel und Olaf Scholz sind sich in dieser Frage

einig: Peking soll die digitale Infrastruktur Deutschlands kontrollieren können. Als Patrioten sollten wir uns deswegen umso deutlicher gegen Merkel und Scholz stellen und chinesische Konzerne vom Ausbau der deutschen digitalen Infrastruktur ausschließen.

28.

S.20 Änderungsantrag StartUp

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Dieter Leusch	10607168
Klaus Meier	10616203	Michael Müller	10590472
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Ramdohr	10623492
Werner Heim	10662240	Klaus Rohrerhuber	10596557
Sascha Hörr	10590359	Jörg Mikszas	10639229
Philip Becker	10648315	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Claudia Marino	10576173
Heidi Pelz	10636038	Andreas Mayer	10612218
Stefan Katzenberger	10640251		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Bayerisches Geld für bayerische Innovationen“ wird der letzte Satz folgend neu gefasst:

„Dazu strebt die AfD einen Ausbau der Fördermöglichkeiten an.“

Begründung:

Junge Gründer und innovative Unternehmen sollten zurecht gefördert werden. Die Schaffung von Staats-Startups, indem der Staat Anteile am Unternehmen als „Förderung“ einkauft, sollten wir jedoch entschieden ablehnen. Es ist ein froher Wunsch, dass sich der Staat dort dann nicht einmisch, doch das hat nichts mit der Realität zu tun. Innovation entsteht nicht durch Beamte, sondern durch mutige Unternehmer.

29.

S.23 Änderungsantrag Geschlechter

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Dieter Leusch	10607168
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Mario Schulze	10655331	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Ramdohr	10623492
Werner Heim	10662240	Klaus Rohrerhuber	10596557
Sascha Hörr	10590359	Jörg Mikszas	10639229
Philip Becker	10648315	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Stefan Katzenberger	10640251	Andreas Mayer	10612218

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Nein zu Gender-Missbrauch und Frühsexualisierung“ wird nach dem dritten Satz folgendes eingefügt:

„Es ist ein biologischer Fakt, dass es nur zwei Geschlechter gibt.“

Begründung:

Wir sollten noch einmal explizit in unser Programm schreiben, dass es nur zwei Geschlechter gibt. Es ist traurig, dass das mittlerweile als umstritten angesehen wird, aber umso wichtiger ist es, dies klar auszudrücken.

30.

S.23 Änderungsantrag Kind

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Dieter Leusch	10607168
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Florian Köhler	10591565	Martina Kranich	10650171
Sascha Hörr	10590359	Klaus Rohrer	10596557
Philip Becker	10648315	Jörg Mikszas	10639229
Elias Merkle	10674633	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Claudia Marino	10576173
Heidi Pelz	10636038	Andreas Mayer	10612218
Stefan Katzenberger	10640251		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Echte Wahlfreiheit bei der Kinderbetreuung“ wird nach dem ersten Satz folgendes eingefügt und im darauffolgenden Satz vor „gleichwertige“ das Wort „mindestens“ eingefügt:

„Gerade die ersten drei Jahre im Leben eines Menschen sind entscheidend für seine Entwicklung. In dieser Zeit ist eine möglichst enge Bindung zur Mutter sehr förderlich und deswegen gesellschaftlich wie staatlicherseits zu unterstützen und zu fördern. Dementsprechend kritisch sehen wir die oftmals bloße Verwahrung von Kindern unter drei Jahren in Kitas.“

Begründung:

Es ist wissenschaftlich belegt, dass die ersten drei Jahre extrem wichtig für die weitere Entwicklung eines Kindes sind. In diesen Jahren ist eine enge Bindung essentiell für eine gesunde Persönlichkeitsentwicklung, weswegen a) diese Tatsache zu betonen ist und b) einzufügen ist, dass dies mindestens so stark gefördert werden muss wie eine Fremdbetreuung.

31.

S.23 Änderungsantrag Kinder 2

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Dieter Leusch	10607168
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Florian Köhler	10591565	Martina Kranich	10650171
Sascha Hörr	10590359	Klaus Rohrer	10596557
Philip Becker	10648315	Jörg Mikszas	10639229
Elias Merkle	10674633	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Claudia Marino	10576173
Heidi Pelz	10636038	Andreas Mayer	10612218
Stefan Katzenberger	10640251		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Scheidungsfolgen mindern – Väterrechte stärken“ wird nach dem zweiten Satz folgendes eingefügt:

„Deswegen setzen wir uns für das sogenannte Wechselmodell nach einer Scheidung ein.“

Begründung:

Es ist richtig, dass der Leitantrag betont, dass Kinder ihren Vater und ihre Mutter gleichermaßen brauchen. Die bisherige Praxis von Gerichten, dass zumeist Mütter primär mit der Betreuung und Erziehung von Kindern „beauftragt“ werden, widerspricht dem. Das Wechselmodell setzt hingegen das um, was der Leitantrag fordert: Eine Gleichberechtigung von Vater und Mutter bei der Betreuung und Erziehung ihrer Kinder.

32.

S.24 Änderungsantrag Allgemeinbildung

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Dieter Leusch	10607168
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Mario Schulze	10655331	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Manuela Steurer	10640690
Werner Heim	10662240	Klaus Rohrerhuber	10596557
Sascha Hörr	10590359	Jörg Mikszas	10639229
Philip Becker	10648315	Steven Winter	10652538
Elias Merkle	10674633	Christian Wolf	10648104
Edeltraud Schwarz	6977	Dr. Christian Erdelen	5415
Klaus-Uwe Junker	9907	Claudia Marino	10576173
Heidi Pelz	10636038	Andreas Mayer	10612218
Stefan Katzenberger	10640251		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Gute Allgemeinbildung für alle“ wird am Ende eingefügt:

„Für uns ist es eine Selbstverständlichkeit, dass Vertreter der Bundeswehr an Schulen über die Arbeit in unserer Armee und die Rolle des Militärs in einer Demokratie informieren.“

Begründung:

Teil des linken Kulturkampfes gegen alles Normale ist es, dass krampfhaft versucht wird, die Bundeswehr aus den Schulen zu drängen. In den Augen dieser linken Umerzieher dürfen Schüler keinen Kontakt zu Soldaten haben, denn am Ende glauben sie dann möglicherweise nicht mehr die linken Lügen und sehen, dass die Verteidigung des eigenen Vaterlandes mit der Waffe vollkommen normal und gesund ist.

33.

S.25 Änderungsantrag Inklusion

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Dieter Leusch	10607168
Klaus Meier	10616203	Michael Müller	10590472
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Mario Schulze	10655331	Klaus Ramdohr	10623492
Florian Köhler	10591565	Manuela Steurer	10640690
Werner Heim	10662240	Klaus Rohrerhuber	10596557
Sascha Hörr	10590359	Jörg Mikszas	10639229
Philip Becker	10648315	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Stefan Katzenberger	10640251	Andreas Mayer	10612218
Werner Bulling	6922		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Kapitel „Bildung“ wird ein neuer Abschnitt eingefügt:

„Keine ideologisch motivierte Inklusion: Förder- und Sonderschulen erhalten

Die Forderung der Vereinten Nationen, behinderten Kindern Teilhabe am Bildungssystem zu garantieren, ist in Deutschland bereits erfüllt. Kinder mit besonderem Förderbedarf erhalten in der Förderschule eine umfassende Unterstützung, die die Regelschule nicht leisten kann. Die AfD setzt sich deshalb für den Erhalt der Förder- und Sonderschulen ein. Die Förderschule muss wieder zum Regelfall für Schüler mit sonderpädagogischem Förderbedarf werden.“

Begründung:

Im Landtagswahlprogramm äußern wir uns nicht zum Thema Inklusion. Das Thema ist aber zu wichtig, um hier keine Position zu beziehen. Die gewählte Formulierung stammt aus dem Bundestagswahlprogramm 2021.

34.

S.26 Änderungsantrag Forschung

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Dieter Leusch	10607168
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Mario Schulze	10655331	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Manuela Steurer	10640690
Werner Heim	10662240	Klaus Rohrerhuber	10596557
Sascha Hörr	10590359	Jörg Mikszas	10639229
Philip Becker	10648315	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Stefan Katzenberger	10640251	Andreas Mayer	10612218

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Freiheit von Forschung und Lehre“ wird am Ende eingefügt:

„Zur Freiheit der Forschung gehört für uns auch die Forschung zu militärischen Zwecken an Universitäten dazu.“

Begründung:

Mit Zivilklauseln versucht die pazifistische Linke schon lange die Forschung zu militärischen Zwecken an unseren Hochschulen zu sabotieren. Nicht nur ist der Pazifismus eine dezidiert unpatriotische Geisteshaltung und schadet nicht nur unserer Bundeswehr, sondern unserer Gesellschaft an sich. Entwicklungen im militärischen Bereich bereichern in vielen Fällen auch den zivilen Bereich, wie z.B. GPS. Eine künstliche Trennung zwischen vermeintlich ziviler und vermeintlich militärischer Forschung kann also gar nicht gemacht werden.

S.29 Das kulturelle Erbe der Volksdeutschen und Heimatvertriebenen für die Zukunft bewahren

Antragsteller:

Jurij Kofner
 Stephan Protschka
 Dr. Rainer Rothfuss
 Petr Bystron
 Wolfgang Wiehle
 Benjamin Nolte
 Michael Stauch
 Franz Bergmüller
 Markus Buchheit
 Daniel Halemba
 Oliver Multusch

Peter Junker
 Markus Wallbrunn
 Klaus Ramdohr
 Andreas Reuter
 Werner Heim
 Martina Kranich
 Christian Demmel
 Rene Dierkes
 Jürgen Henritzi
 Martin Köppel
 Klaus-Peter Bracht

Im Leitantrag für das Landtagswahlprogramm der AfD Bayern für die Landtagswahl 2023 soll dem Kapitel 13 „Heimat und Kultur“ folgender Textbaustein hinzugefügt werden:

Das kulturelle Erbe der Volksdeutschen und Heimatvertriebenen für die Zukunft bewahren

Die deutsche Geschichte der ehemaligen Ostgebiete ist Teil unseres reichen kulturellen Erbes. Die Sudetendeutschen sind einer der vier Volksstämme Bayerns geworden. Wir sehen es als unsere vaterländische Pflicht an, diese Geschichte und das kulturelle Erbe der Volksdeutschen in friedlicher und wohlwollender Zusammenarbeit mit unseren Nachbarn für zukünftige Generationen zu bewahren. Dafür fordern wir: eine statistische Erfassung aller in Bayern lebenden Volksdeutschen der ehemaligen Ostgebiete und ihrer Nachkommen; die deutsche Geschichte der ehemaligen Ostgebiete als festen Bestandteil des bayerischen Lehrplans in der Mittelstufe; stärkere Förderung der deutschen Geschichtserinnerung, Kultur und Sprache in den Ländern der ehemaligen Ostgebiete, darunter für deutsche Sprachschulen und Museen deutscher Geschichte; sowie ein Willkommensprogramm für Spätaussiedler und deutsche Auswanderer.

36.

S.31 Änderungsantrag Landwirtschaft

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Dieter Leusch	10607168
Klaus Meier	10616203	Michael Müller	10590472
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Mario Schulze	10655331	Manuela Steurer	10640690
Florian Köhler	10591565	Klaus Rohrer	10596557
Sascha Hörr	10590359	Jörg Mikszas	10639229
Philip Becker	10648315	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Werner Bulling	6922	Andreas Mayer	10612218

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Bauerland in Bauernhand – die ganze Bandbreite soll es sein“ wird vor „ökologischen“ das Wort „sogenannten“ eingefügt.

Begründung:

Die Propagierung einer weniger ertragsreichen Anbautechnik als „ökologisch“ sollten wir nicht blind übernehmen, weswegen eine Änderung hier angebracht ist.

37.

S.31 Änderungsantrag Landwirtschaft 2

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Dieter Leusch	10607168
Klaus Meier	10616203	Michael Müller	10590472
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Manuela Steurer	10640690
Sascha Hörr	10590359	Klaus Rohrer	10596557
Philip Becker	10648315	Jörg Mikszas	10639229
Edeltraud Schwarz	6977	Steven Winter	10652538
Klaus-Uwe Junker	9907	Christian Wolf	10648104
Heidi Pelz	10636038	Dr. Christian Erdelen	5415
Stefan Katzenberger	10640251	Claudia Marino	10576173
Werner Bulling	6922	Andreas Mayer	10612218

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Bauerland in Bauernhand – die ganze Bandbreite soll es sein“ wird im letzten Satz am Ende angefügt:

„und einseitigen Subventionen“

Begründung:

Wir sollten auch aufnehmen, dass weniger ertragsreiche Anbautechniken einseitig subventioniert werden, was weder im Interessen der großen Mehrheit der Verbraucher ist (siehe geringer Anteil sogenannter Bio-Lebensmittel am Verkauf aller Lebensmittel), noch im Sinne der Versorgungssicherheit der Bevölkerung ist. Wenn es Subventionen gibt, dann bitte nicht einseitig.

38.

S.31 Kleinbäuerliche Landwirtschaft

Antragsteller:

Dr. Simon Kuchlbauer	10569430	Walter Dodel	10608743
Herbert Müller	10590526	Andrea Landerer	10621988
Ernst Gradl	10654767	Hubert Seif	10641251
Wolfgang Reitinger	10569370	Walter Freudling	10623000
Uwe Schweizer	10664780	Dr. Klaus Kuchlbauer	10629880
Claudia Zeiler	10569399	Peter Hornstein	1064 949

Im Leitantrag für das Landtagswahlprogramm der AfD Bayern für die Landtagswahl 2023 sind im Kapitel „Landwirtschaft und Forst“ im Unterkapitel „Bauernland in Bauernhand – die ganze Bandbreite soll es sein“ folgende Sätze hinzuzufügen:

Darüber hinaus möchten wir die kleinbäuerliche Landwirtschaft unterstützen, weil sie eine wichtige Rolle beim Erhalt der Kulturlandschaft und für die regionale Versorgung mit Lebensmitteln einnimmt. Die Stallplatzhaltung (Anbindehaltung) von Kühen, die ihre Hörner behalten und im Sommer auf die Weide dürfen, halten wir für eine mit dem Tierschutz sehr gut vereinbare Haltungsform, die überdies einen wichtigen Beitrag für die Artenvielfalt auf den heimischen Wiesen leistet.

39.

S.32 Änderungsantrag Bär

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Klaus Ramdohr	10623492
Klaus Meier	10616203	Manuela Steurer	10640690
Peter Junker	10638321	Klaus Rohrerhuber	10596557
Florian Köhler	10591565	Jörg Mikszas	10639229
Sascha Hörr	10590359	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Stefan Katzenberger	10640251	Andreas Mayer	10612218
Werner Bulling	6922		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Eingewanderte Arten und Wölfe beschränken“ wird am Ende angefügt:

„Eine Wiederansiedlung des Bären ist nicht wünschenswert.“

Begründung:

Die jüngsten Spuren eines ca. 200 kg schweren Bären in Oberbayern, der bereits mehrere Schafe und Wildtiere gerissen hat, beunruhigen verständlicherweise die Bevölkerung und Weidetierhalter. Ein Bär, der in den Weiten Sibiriens praktisch keine Probleme für Mensch und gehaltene Tiere darstellt, stellt ein Problem im viel dichter besiedelten Bayern dar. Eine Ansiedlung des Bären in Bayern ist dahingehend nicht wünschenswert.

40.

S.32 Änderungsantrag Tiere

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Dieter Leusch	10607168
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Mario Schulze	10655331	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Ramdohr	10623492
Werner Heim	10662240	Manuela Steurer	10640690
Sascha Hörr	10590359	Klaus Rohrer	10596557
Philip Becker	10648315	Jörg Mikszas	10639229
Elias Merkle	10674633	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Claudia Marino	10576173
Heidi Pelz	10636038	Andreas Mayer	10612218
Stefan Katzenberger	10640251		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Tierwohl und Tierschutz konsequent durchsetzen“ wird der erste Satz folgend neu gefasst:

„Bei Tiertransporten, die zu Schlachtungszwecken erfolgen, soll der nächstmögliche praktikabel nutzbare Schlachthof genutzt werden.“

Begründung:

Zurecht genießt der Tierschutz bei den Deutschen einen Stellenwert, den er bei den meisten Völkern dieser Welt nicht hat. Lange Lebetiertransporte sind nach Möglichkeit zu vermeiden. Idealerweise wird hierzu der nächstgelegene Schlachthof angesteuert, doch das ist praktisch nicht immer möglich, z.B. durch zu geringe Kapazitäten, fehlender Ausstattung oder fehlenden freien Terminen. Ein gesetzlicher Zwang würde hier also zu praktischen Problemen führen, die es mit der vorgeschlagenen Änderung zu vermeiden gilt.

41.

S.32 Änderungsantrag Verbraucher

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Dieter Leusch	10607168
Klaus Meier	10616203	Michael Müller	10590472
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Ramdohr	10623492
Werner Heim	10662240	Manuela Steurer	10640690
Sascha Hörr	10590359	Klaus Rohrerhuber	10596557
Philip Becker	10648315	Jörg Mikszas	10639229
Edeltraud Schwarz	6977	Steven Winter	10652538
Klaus-Uwe Junker	9907	Christian Wolf	10648104
Heidi Pelz	10636038	Dr. Christian Erdelen	5415
Stefan Katzenberger	10640251	Claudia Marino	10576173
Werner Bulling	6922	Andreas Mayer	10612218

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Verbraucherrechte stärken und umsetzen“ wird der zweite Satz folgend neu gefasst:

„Verbraucherschutz darf jedoch kein Vorwand für die Bevormundung von Verbrauchern sein, wie es leider zum Teil von den Verbraucherverbänden und Verbraucherzentralen praktiziert wird.“

Begründung:

Verbraucherschutz klingt immer toll. Praktisch verbirgt sich teilweise hinter Initiativen oder Organisationen zum Verbraucherschutz aber eine Bevormundung von Verbrauchern. Vermeintliche Verbraucherschützer erheben Anspruch darauf für alle Verbraucher zu sprechen und fordern Verbote, Begrenzungen usw. – dabei ist der beste Verbraucherschutz der mündige Bürger, der frei von staatlicher Bevormundung sich informiert und eigenverantwortlich Kaufentscheidungen trifft.

S.33 Schutz von Mensch und Natur vor Mobilfunkstrahlung und 5G

Antragsteller:

KV Landsberg am Lech

Der Landesparteitag möge beschließen: Im Leitantrag LTW-Programm 2023 wird im Kapitel „Umwelt- und Verbraucherschutz“ im Anschluss an den Abschnitt „Umwelt nicht der Windindustrie opfern“ folgender neuer Abschnitt eingefügt:

„Schutz von Mensch und Natur vor Mobilfunkstrahlung und 5G

Hochfrequente elektromagnetische Felder wirken auf biologische Systeme ein und können schon im Bereich niedriger Intensitäten schädigend sein für Mensch, Tier und Pflanze, wie zahlreiche wissenschaftliche Studien beweisen. Wir fordern daher, die für den Mobilfunk zurzeit bundesweit geltenden Grenzwerte zu überprüfen und auf eine Absenkung hinzuwirken. Den bereits angelaufenen Ausbau des Mobilfunknetzes mit 5G-Technik und eine weitere Erhöhung der Strahlenbelastung sehen wir kritisch.“

Begründung: Anders als die von Herstellern und Mobilfunkbetreibern in Auftrag gegebenen Studien weisen viele unabhängige wissenschaftliche Studien auf Schädigungen an Mensch, Tier und Pflanze durch hochfrequente elektromagnetische Felder hin. Die zum Schutz vor Schädigungen durch Mobilfunkstrahlung vom Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) induzierten und derzeit gültigen Grenzwerte basieren auf der durch die Strahlung verursachten thermischen Erwärmung. Dies ist jedoch ein völlig ungeeigneter Parameter, da Wirkungen auf biochemische Vorgänge in den Zellen bereits bei sehr viel niedrigeren Strahlungsintensitäten zu beobachten sind, bei denen noch keine messbare thermische Erwärmung stattfindet. So fordern viele Wissenschaftler deutlich niedrigere Grenzwerte, auch in anderen Ländern wie z.B. in der Schweiz gelten niedrigere Grenzwerte als in Deutschland.

43.

S.34 Änderungsantrag Daseinsvorsorge

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Michael Müller	10590472
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Rohrerhuber	10596557
Werner Heim	10662240	Steven Winter	10652538
Philip Becker	10648315	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Stefan Katzenberger	10640251	Andreas Mayer	10612218

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Kliniken der Grundversorgung schützen“ wird der vorletzte Satz folgend neu gefasst:

„Die Gewinnorientierung in der Daseinsvorsorge ist grundsätzlich auf ein vertretbares Maß zu begrenzen.“

Begründung:

Die Vorstellung, dass mit der Daseinsvorsorge nicht privatwirtschaftlich Geld verdient werden darf, ist romantisch, aber praktisch keine durchdachte Position. Die Lebensmittelversorgung – etwas, was logischerweise elementar für das menschliche Überleben ist – überlassen wir vom Anbau über die Verarbeitung bis zum Verkauf praktisch vollständig dem freien Markt. Das funktioniert so gut, dass die Deutschen im europäischen Vergleich einen relativ geringen Anteil ihres Einkommen für Lebensmittel ausgeben müssen. Natürlich ist das Gesundheitswesen nicht 1:1 mit der Lebensmittelversorgung zu vergleichen, dennoch ist z.B. ein privates Krankenhaus nicht per se problematisch. Im Sinne eines Kompromisses ist daher die vorgeschlagene Alternativformulierung gewählt.

44.

S.35 Änderungsantrag Pflichtjahr

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Stefan Katzenberger	10640251
Klaus Meier	10616203	Werner Bulling	6922
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Mario Schulze	10655331	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Rohrer	10596557
Werner Heim	10662240	Jörg Mikszas	10639229
Sascha Hörr	10590359	Steven Winter	10652538
Philip Becker	10648315	Christian Wolf	10648104
Elias Merkle	10674633	Dr. Christian Erdelen	5415
Edeltraud Schwarz	6977	Claudia Marino	10576173
Klaus-Uwe Junker	9907	Andreas Mayer	10612218
Heidi Pelz	10636038		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Pflege stärken – Ambulante und stationäre Pflege aufwerten“ wird der vorletzte Satz gestrichen.

Begründung:

Die Pflege ist ein politisch völlig unterschätzter und vernachlässigter Bereich, mit dem sich die wenigsten Menschen beschäftigen, bevor es sie selbst betrifft. Ein Zwangsdienst für junge Menschen ist dabei undurchdacht. Der Antrag formuliert vollkommen richtig, dass die Pflege ein aufwendiger Beruf ist, der qualifiziertes Personal braucht, das mit Herzblut und Willenskraft diesen Beruf ausübt. Wird ein junger Mensch gegen seinen Willen dazu gezwungen in diesem Beruf ein Jahr zu arbeiten, dann mag das auf den ersten Blick erzieherisch interessant aussehen, doch im Ergebnis ist es für keine Seite eine gute Sache. Wie soll sich ein zu pflegender Mensch denn füllen, wenn er von Tag zu Tag von Menschen gepflegt wird, die ihre Arbeit hassen? Wird dabei die Qualitätspflege herauskommen, die wir uns wünschen und die die zu pflegenden Personen verdient haben? Eine innere Überzeugung und Leidenschaft für die Sache entsteht nicht durch Zwang. Entweder eine Person hat die Veranlagungen und die Leidenschaft für soziale Berufe oder eben nicht. Die durch die Corona-Beschränkungen der letzten Jahre, die Indoktrinierungen in der Schule und die allgemein immer „verrückter“ werdende Welt belasteten jungen Menschen ausgerechnet mit dem Angebot eines vermeintlich sozialen Zwangsdienstes für unsere Politik der Normalität zu gewinnen, ist eine Vorstellung, die nicht der Wirklichkeit entspricht.

45.

S.35 Organspende muss selbstbestimmt bleiben

Antragsteller:

Andrea Landerer	10621988	Erik Neumayr	10651353
Dr. Jürgen Rössel	10638380	Jürgen Beisler	10612462
Dr. Klaus Kuchlbauer	10629880	Dr. Rainer Rothfuß	10644385
Christian Demmel	10612073	Alexandra Elena Strohe-Damian	10616076
Linda Amon	10573786	Thomas Rüggeberg	10590524
Edeltraud Schwarz	6977		

Wir beantragen im Leitantrag für das Landtagswahlprogramm der AfD Bayern für die Landtagswahl 2023 im Kapitel „Gesundheit und Pflege“ nach dem Kapitel "Kein Impfzwang – Freiheitsrechte bewahren" aus aktuellem Anlass folgenden zusätzlichen Punkt einzufügen:

Organspende muß selbstbestimmt bleiben

Weder eine Hirntoddiagnose noch eine Organentnahme darf vorgenommen werden, ohne dass eine zu Lebzeiten schriftlich dokumentierte Einwilligung vorliegt. Das Selbstbestimmungsrecht muss auch für Hirntod erklärte Menschen gelten. Wir lehnen deshalb eine Widerspruchslösung ab, die jeden Bürger automatisch zum Organspender erklärt, der nicht schriftlich der Organspende widersprochen hat.

Begründung zum Antrag:

Herr Klaus Holetschek plant aktuell gemeinsam mit anderen Ländern eine Bundesratsinitiative für die Widerspruchslösung, nachdem in der Bevölkerung zu wenig Bereitschaft für die Organspende besteht (AZ, 31.03.2023). Wir sollten das Thema deshalb dringend aufgreifen, da die Initiative wiederum ein Angriff gegen unser körperliches Selbstbestimmungsrecht darstellt.

weitere Begründung:

Die Entscheidung über die Organspende darf nur selbstbestimmt getroffen werden (Zustimmungserklärung). Einen Automatismus zur Organspende, wie bei einer Widerspruchslösung gegeben, widerspricht dem Grundrecht auf körperliche Unversehrtheit und wird von der AfD abgelehnt. Auch eine Zustimmung durch Angehörige ist ein Eingriff in das grundgesetzlich abgesicherte körperliche Selbstbestimmungsrecht des Patienten.

Besonders problematisch und oft tragisch ist dabei, dass die Zustimmung durch Angehörige in einer psychischen Ausnahmesituation, einer Schocksituation, meist unter Zeitdruck getroffen wird und diese anschließend, bei Bekanntwerden weiterer Details über die Organentnahme, oft sehr bereut wird.

Seit der 2. Änderung des Transplantationsgesetzes durch Gesundheitsminister Spahn in 2019 mit der Schaffung von finanziellen Anreizen für Kliniken für Organspenden sowie den zusätzlich eingeräumten Rechten für die Transplantationsbeauftragten (Zugang zu Intensivstationen) besteht die Gefahr, dass noch mehr Druck auf die Angehörigen ausgeübt wird.

Der Fokus der Öffentlichkeit wird derzeit fast ausschließlich auf die möglichen Organempfänger und deren Bedürfnisse gelenkt. Die Konsequenzen für einen potentiellen Organspender, einem Menschen mit Hirnversagen, sowie dessen Rechte und Bedürfnisse werden aus der Diskussion ausgeklammert.

Die Gleichsetzung des Hirnfunktionsausfalls mit dem unwiderruflichen Tod eines Menschen einschließlich der Unmöglichkeit des Schmerzempfindens ist unter Wissenschaftlern noch immer höchst umstritten. Lt. Focus haben einige Mitglieder des Deutschen Ethikrats in ihrer Stellungnahme von 2015 die Position vertreten: „Der Hirntod ist keine hinreichende Bedingung für den Tod eines Menschen“. (FOCUS Magazin, Wie tot ist Hirntod, 29.09.2018)

Trotz der Diagnose Hirntod kann der Mensch noch seine Körpertemperatur regulieren, Wunden heilen, Infektionen abwehren, verdauen, ausscheiden, Schweißreaktionen und Blutdruckanstieg zeigen, Frauen können ein Kind austragen – 97% aller Körperfunktionen bestehen noch.

Der Begriff „Hirntod“ wurde definiert, um die Organtransplantation am noch lebenden Menschen mit Hirnfunktionsausfall zu ermöglichen.

Kein Mediziner und Wissenschaftler kann sicher sein, was ein Mensch mit Hirnversagen bei der Organentnahme noch wahrnehmen kann.

Die Aufklärung zur Organspende muss aus ethischen Gründen neutral und differenziert erfolgen. Sie muss alle wichtigen Details und den Ablauf einer Organentnahme sowie die Auswirkungen auf die Gestaltung des Sterbens beinhalten.

Aufgabe eines effektiven Gesundheitswesens ist es, die Gesundheitsvorsorge so zu stärken, dass die Zahl der benötigten Organe wieder sinkt, anstatt nach immer mehr Organspendern zu streben und damit auch einen lukrativen internationalen Handel einschließlich erwiesenermaßen Korruption zu ermöglichen.

46.

S.36 Änderungsantrag Alternativmedizin

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Heidi Pelz	10636038
Klaus Meier	10616203	Stefan Katzenberger	10640251
Peter Junker	10638321	Dieter Leusch	10607168
Florian Köhler	10591565	Michael Müller	10590472
Werner Heim	10662240	Klaus Rohrerhuber	10596557
Sascha Hörr	10590359	Jörg Mikszas	10639229
Philip Becker	10648315	Steven Winter	10652538
Elias Merkle	10674633	Dr. Christian Erdelen	5415
Edeltraud Schwarz	6977	Claudia Marino	10576173
Klaus-Uwe Junker	9907	Andreas Mayer	10612218

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Der Abschnitt „Bayerische Initiative für ganzheitliche Medizin und traditionelle Naturheilkunde“ wird gestrichen.

Begründung:

Es ist im Interesse der Gesellschaft, dass ein Krankenversicherungssystem grundsätzlich alles finanziert und fördert, was wissenschaftlich nachweisbar die gewünschte Wirkung hat – seien es Medikamente oder Behandlungstechniken. Die Forschung an neuen Heil- und Behandlungsmethoden ist dabei grundsätzlich wünschenswert. Alternativmedizin, die auf Glaubenssätzen und nicht wissenschaftlich bewährten Behandlungstechniken basieren, kann nicht Teil eines öffentlich finanzierten Gesundheitssystems sein. Sofern alternativmedizinische Dienstleistungen nachgefragt werden, werden sie auch vom freien Markt angeboten. Ein staatliches Angebot und steuergeldfinanzierte Forschung hierzu ist damit nicht notwendig.

47.

S.36 Änderungsantrag Cannabis

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Dieter Leusch	10607168
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Mario Schulze	10655331	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Manuela Steurer	10640690
Werner Heim	10662240	Klaus Rohrerhuber	10596557
Sascha Hörr	10590359	Jörg Mikszas	10639229
Philip Becker	10648315	Steven Winter	10652538
Elias Merkle	10674633	Christian Wolf	10648104
Edeltraud Schwarz	6977	Dr. Christian Erdelen	5415
Klaus-Uwe Junker	9907	Claudia Marino	10576173
Heidi Pelz	10636038	Andreas Mayer	10612218
Stefan Katzenberger	10640251		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Der Abschnitt „Cannabis nur im medizinischen Bereich“ wird am Ende mit folgendem Satz ergänzt:

„Wir lehnen die Einmischung der EU in Fragen der Legalisierung von Cannabis grundsätzlich ab.“

Begründung:

Unabhängig davon wie man zur Legalisierungsfrage steht, sollte für uns als patriotische Partei klar sein, dass dies eine Frage der deutschen Demokratie ist und eine Einmischung der EU nicht statthaft ist.

48.

S.37 Änderungsantrag Grenzwerte

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Michael Müller	10590472
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Mario Schulze	10655331	Manuela Steurer	10640690
Florian Köhler	10591565	Klaus Rohrer	10596557
Werner Heim	10662240	Jörg Mikszas	10639229
Sascha Hörr	10590359	Steven Winter	10652538
Philip Becker	10648315	Christian Wolf	10648104
Edeltraud Schwarz	6977	Dr. Christian Erdelen	5415
Klaus-Uwe Junker	9907	Claudia Marino	10576173
Heidi Pelz	10636038	Andreas Mayer	10612218
Stefan Katzenberger	10640251		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Vorsorge und Gesundheitsschutz“ wird der vorletzte Satz gestrichen.

Begründung:

Die gewählte Formulierung ist viel zu pauschal. Grundsätzlich stehen hinter den bestehenden Grenzwerten Überlegungen, die man nicht seriös pauschal ablehnen sollte, sondern sich individuell anschauen müsste. Zumal es teilweise Grenzwerte (z.B. in der Landwirtschaft) gibt, die so hoch sind, dass sie zu praktischen Problemen führen, die nicht im Verhältnis zum Nutzen stehen.

S.38 Änderungsantrag Wohnungsbau

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Dieter Leusch	10607168
Klaus Meier	10616203	Michael Müller	10590472
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Rohrerhuber	10596557
Werner Heim	10662240	Jörg Mikszas	10639229
Philip Becker	10648315	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Stefan Katzenberger	10640251	Andreas Mayer	10612218
Werner Bulling	6922		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Eigenes Heim – bezahlbar und zukunftssicher“ wird der vorvorletzte Satz folgend neu gefasst und um die genannten weiteren Sätze folgend ergänzt:

„Wir fordern die Bevorzugung von Wohnungsbaugenossenschaften bei der Vergabe von Wohnbauland, um mehr Bürgern den Einstieg in das Wohneigentum zu erleichtern. Der bisherige soziale Wohnungsbau ist gescheitert, er kann nur einen Bruchteil der Berechtigten erreichen. Er führt zu Fehlbelegungen und verursacht hohe Kosten für den Steuerzahler. Es ist besser, einkommensschwache Mieter vermehrt mit Wohngeld zu unterstützen, wodurch eine soziale Durchmischung gewährleistet wird. Reicht das Wohngeld nicht aus, um sich eine Wohnung zu sichern, ist den Bürgern zusätzlich ein kommunales Wohngeld zu zahlen.“

Begründung:

Bei dem Text handelt es sich um die Position der AfD zur Bundestagswahl 2021. Es ist wünschenswert zu dieser für viele Bürger sehr wichtigen Frage eine einheitliche und klare Linie als Gesamtpartei zu haben. Diese Linie unterscheidet sich klar von den Altparteien und schafft somit ein positives Alleinstellungsmerkmal. Die Realität ist, dass der bisherige soziale Wohnungsbau gescheitert ist und kein Mittel der Lösung für die Probleme von heute sein kann. Die staatlichen Schuldenberge wachsen auf allen Ebenen und der Spielraum für kostspielige Bauprojekte wird immer geringer. Der Einsatz von Steuergeld, das zeigen viele staatlichen Bauprojekte der vergangenen Jahre, ist in diesem Bereich extrem ineffizient. Solange staatliches Bauen so extrem teuer und langwierig ist, ist der soziale Wohnungsbau auch ganz praktisch keine sinnvolle Lösung und kein sparsamer Einsatz von Steuergeldern. Gibt man den Bürgern die direkte finanzielle Unterstützung, stärkt das die Anreize auf dem privaten Wohnungsmarkt und sorgt für eine

passgenauere Allokation der Mittel im Vergleich zum planwirtschaftlichen Bauen des Staates. Eine Hilfe der Menschen über das Wohngeld statt über den sozialen Wohnungsbau stellt den Einzelnen in die Mitte der Hilfe und nicht bürokratische Behörden, die planwirtschaftlich, teuer und langwierig staatliche Mietskasernen bauen. Damit greift der Staat zielgenau den Bedürftigen unter die Arme, statt bürgerfern in Behörden zu planen.

50.

S.38 Klare Absage an alle Heizverbote

Antragsteller:

Wolfgang Wiehle	10573868	Michael T. Benker	10643467
Pascal Pfannes	10623506	Jörg Schäfer	10624314
Claudia Marino	10576173	Werner Heim	10662240
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Jacqueline Kretschmer	10597201	Tobias Peterka	2221
Edeltraud Schwarz	6977	Roland Aicher	10591928
Klaus-Uwe Junker	9907	Klaus Rohrerhuber	10596557
Sascha Hörr	10590359	Oliver Multusch	10605479
Franz Bergmüller	5522	Klaus Ramdohr	10623492
Christian Demmel	10612073	Dr. Christian Erdelen	5415
Wolfgang Kellermann	10610984		

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wird wie folgt geändert:

Der Abschnitt „Eigenes Heim – bezahlbar und zukunftssicher“ wird wie folgt durch zwei neue Abschnitte ersetzt:

Alter Text:

Eigenes Heim – bezahlbar und zukunftssicher

Die AfD wird das Wohnen wieder günstig machen. Wir wollen die Baukosten senken, das bayerische Baurecht vereinfachen und die Gebäudeenergiegesetz-Vorgaben reduzieren. Für selbst genutzte Immobilien muss die Grunderwerbssteuer entfallen. Die Grundsteuer wollen wir abschaffen. Die rechtlichen Vorgaben bei Neubauten, insbesondere zur Wärmedämmung und zur Nutzung sogenannter erneuerbarer Energien, sind auf ein bauphysikalisch sinnvolles Minimum zu reduzieren. Es darf keinen Zwang zu Dämmung und energetischer Sanierung geben! Durch die Digitalisierung von Bauanträgen und Baugenehmigungen muss der bürokratische Prozess vereinfacht werden. Wir lehnen sozialistische Mietendeckel und Mietpreisbremsen ab. Wir fordern die Forcierung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus und die Ankurbelung des vernachlässigten sozialen Wohnungsbaus. Für die Vermietung leerstehender Wohnimmobilien wollen wir Anreize schaffen. Der Mietkauf für den Ersterwerb einer selbstgenutzten Wohnimmobilie soll durch Bereitstellung zinsgünstiger KfW-Darlehen gefördert werden.

Neuer Text:

Eigenes Heim – bezahlbar und zukunftssicher

Die AfD wird das Wohnen wieder günstig machen. Wir wollen die Baukosten senken, das bayerische Baurecht vereinfachen und die Gebäudeenergiegesetz-Vorgaben reduzieren. Für selbst genutzte Immobilien muss die Grunderwerbssteuer entfallen. Die Grundsteuer wollen wir abschaffen. Durch die Digitalisierung von Bauanträgen und Baugenehmigungen muss der bürokratische Prozess vereinfacht werden. Wir lehnen sozialistische Mietendeckel und Mietpreismechanismen ab. Wir fordern die Forcierung des genossenschaftlichen Wohnungsbaus und die Ankurbelung des vernachlässigten sozialen Wohnungsbaus. Für die Vermietung leerstehender Wohnimmobilien wollen wir Anreize schaffen. Der Mietkauf für den Ersterwerb einer selbstgenutzten Wohnimmobilie soll durch Bereitstellung zinsgünstiger KfW-Darlehen gefördert werden.

Entscheidungsfreiheit statt Sanierungszwang und Heizverboten

Die rechtlichen Vorgaben bei Neubauten, insbesondere zur Wärmedämmung und zur Nutzung sogenannter erneuerbarer Energien, sind auf ein bauphysikalisch sinnvolles Minimum zu reduzieren. Auch für bestehende Gebäude darf es keinen staatlichen Zwang zu Dämmung und energetischer Sanierung geben. Die AfD lehnt sowohl den von der EU gewollten Sanierungszwang als auch jedes Verbot von Gas- und Ölheizungen mit Nachdruck ab. Viele Immobilienbesitzer würden sich durch diese Politik nämlich über Jahrzehnte verschulden müssen oder gar ihr Heim verlieren, die Mieten würden weiter steigen. Auch ist nicht klar, woher der Strom für die von oben verordneten Wärmepumpen praktisch kommen soll. Die AfD wird im bayerischen Landtag dafür kämpfen, dass sich die Staatsregierung schützend vor die bayerischen Mieter und Hausbesitzer stellt und alle ihre Macht dafür einsetzt, jedweden Sanierungszwang und jedwedes Heizungsverbot zu stoppen bzw. wieder aufzuheben.

Begründung:

Zum Zeitpunkt der Erarbeitung war „Habecks Heiz-Hammer“ noch nicht absehbar. Der neue Text berücksichtigt diesen und auch ähnliche Pläne auf EU-Ebene und ist zugleich so gefasst, dass er auch dann richtig bleibt, falls das Gas- und Ölheizverbot wider Erwarten nur in stark abgeschwächter Form oder gar nicht kommt.

Zwei Sätze wurden aus dem bestehenden Text herausgelöst und in leicht angepasster Form zur Einleitung des neun, zweiten Abschnitts gemacht. Im Übrigen entspricht der erste neue Abschnitt dem bestehenden alten Text.

51.

S.39 Glaubwürdiger Einsatz für bessere Renten

Antragsteller:

Wolfgang Wiehle	10573868	Michael T. Benker	10643467
Pascal Pfannes	10623506	Jörg Schäfer	10624314
Claudia Marino	10576173	Werner Heim	10662240
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Jacqueline Kretschmer	10597201	Tobias Peterka	2221
Edeltraud Schwarz	6977	Roland Aicher	10591928
Sascha Hörr	10590359	Klaus Rohrerhuber	10596557
Franz Bergmüller	5522	Oliver Multusch	10605479
Christian Demmel	10612073	Klaus Ramdohr	10623492
Wolfgang Kellermann	10610984	Dr. Christian Erdelen	5415

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wird wie folgt geändert:

Der Abschnitt „Bayerisches Seniorengeld“ wird wie folgt neu gefasst:

Alter Text:

Bayerisches Seniorengeld

Das deutsche Rentenniveau liegt im OECD-Vergleich weit hinten. Länder wie Ungarn und Griechenland gewähren ihren Bürgern deutlich höhere Renten. Die AfD setzt sich deshalb auf Bundesebene für eine umfängliche Rentenreform ein; zusätzlich fordert die AfD die Einführung eines kapitalfondsgedeckten Bayerischen Seniorengeldes für alle Bezieher von Altersrente. Damit würde man den erhöhten Lebenshaltungskosten in Bayern entsprechen.

Ersetzung durch folgenden neuen Text:

Bayerische Senioren besser unterstützen

Das deutsche Rentenniveau liegt im OECD-Vergleich weit hinten. Länder wie Österreich oder Griechenland gewähren ihren Bürgern relativ betrachtet deutlich höhere Renten. Die AfD setzt sich deshalb auf Bundesebene für eine umfängliche Rentenreform ein. Auch die bayerische Staatsregierung muss eine zukunftsfähige Rentenreform unterstützen. Wegen der erhöhten Lebenshaltungskosten in Bayern hat sie auf erweiterte Vergünstigungen für Senioren bei staatlichen und kommunalen Leistungen hinzuwirken.

Begründung:

Eine bessere Unterstützung der Senioren in Bayern ist unstreitig erforderlich. Die neue Formulierung unterstreicht den Bedarf nach einer Rentenreform und nach Erleichterungen für bayerische Senioren, ohne von diesem Thema durch die Festlegung auf ein Modell abzulenken, das an FDP-Pläne auf Bundesebene erinnert und hauptsächlich Fragen der Umsetzbarkeit aufwirft.

52.

S.39 Gegen eine aufgeblähte Verwaltung

Antragsteller:

Wolfgang Wiehle	10573868	Michael T. Benker	10643467
Pascal Pfannes	10623506	Jörg Schäfer	10624314
Claudia Marino	10576173	Werner Heim	10662240
Peter Junker	10638321	Martina Kranich	10650171
Jacqueline Kretschmer	10597201	Tobias Peterka	2221
Edeltraud Schwarz	6977	Roland Aicher	10591928
Sascha Hörr	10590359	Klaus Rohrer	10596557
Franz Bergmüller	5522	Oliver Multusch	10605479
Christian Demmel	10612073	Klaus Ramdohr	10623492
Wolfgang Kellermann	10610984	Dr. Christian Erdelen	5415

Der Landesparteitag möge beschließen:

Hauptantrag:

Der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wird wie folgt geändert:

Der Abschnitt „Proaktiver Bürgerservice“ wird gestrichen.

Begründung:

Ein weiterer Aufwuchs des Verwaltungsapparats Bayerns würde die ohnehin schon aufgeblähten und teuren Strukturen der öffentlichen Verwaltung nur weiter vergrößern. Die zunehmende Digitalisierung senkt die Zugangshürden für den Bürger zu Verwaltungsleistungen und bietet neue Möglichkeiten zur Information über staatliche Leistungen.

Hilfsantrag:

Der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wird wie folgt geändert:

Der Abschnitt „Proaktiver Bürgerservice“ wird ersetzt:

Alter Text:

Proaktiver Bürgerservice

Die AfD fordert die Einrichtung von flächendeckenden Beratungseinrichtungen für Bürger in Bayern. Fachlich geschulte Mitarbeiter beraten nach Terminabsprache vor Ort oder machen, falls notwendig, Hausbesuche. Sie nehmen proaktiv Kontakt mit Bürgern auf und informieren auf Wunsch über staatliche Leistungen in verschiedenen Lebenslagen.

Neuer Text:

Leistungsfähiger Bürgerservice

Die AfD fordert die Einrichtung von flächendeckenden Beratungseinrichtungen für Bürger in Bayern. Fachlich geschulte Mitarbeiter beraten nach Terminabsprache vor Ort oder machen, falls notwendig, Hausbesuche. Sie informieren auf Wunsch auch über staatliche Leistungen in verschiedenen Lebenslagen.

Begründung:

Eine Verbesserung der Verwaltungsdienstleistungen für die Bürger ist angesichts der immer komplizierter werdenden Vorschriften und gerade auch zugunsten älterer Bürger sinnvoll. Ein direktes Zugehen auf die Bürger wäre jedoch ein weiterer Schritt in Richtung eines entmündigenden Betreuungsstaates. Deshalb wird der Begriff „proaktiv“ in der Überschrift durch „leistungsfähig“ ersetzt und der letzte Satz im Text angepasst.

53.

S.40 Änderungsantrag Auto

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Dieter Leusch	10607168
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Mario Schulze	10655331	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Rohrer	10596557
Werner Heim	10662240	Jörg Mikszas	10639229
Sascha Hörr	10590359	Steven Winter	10652538
Philip Becker	10648315	Christian Wolf	10648104
Edeltraud Schwarz	6977	Dr. Christian Erdelen	5415
Klaus-Uwe Junker	9907	Claudia Marino	10576173
Heidi Pelz	10636038	Andreas Mayer	10612218
Stefan Katzenberger	10640251		

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Straßeninfrastruktur weiterentwickeln, Engpässe beseitigen, ländlichen Raum fördern“ wird der vorvorletzte Satz am Ende folgend ergänzt:

„und dem Bau einer Autobahnverbindung zwischen Nürnberg und Augsburg.“

Begründung:

Die bisherige Verbindung über die B2 leidet an fehlenden Ortsumfahrungen und der grundsätzlichen Zweispurigkeit (eine Spur in jede Richtung) auf dem Großteil der Strecke mit nur wenigen Möglichkeiten des Überholens von langsameren Fahrzeugen über die temporäre dritte Spur. Dies verlängert die Fahrzeit unnötig.

54.

S.40 Änderungsantrag Auto 2

Antragsteller:

Pascal Pfannes	10623506	Werner Bulling	6922
Klaus Meier	10616203	Dieter Leusch	10607168
Peter Junker	10638321	Michael Müller	10590472
Mario Schulze	10655331	Martina Kranich	10650171
Florian Köhler	10591565	Klaus Ramdohr	10623492
Werner Heim	10662240	Klaus Rohrerhuber	10596557
Sascha Hörr	10590359	Jörg Mikszas	10639229
Philip Becker	10648315	Steven Winter	10652538
Edeltraud Schwarz	6977	Christian Wolf	10648104
Klaus-Uwe Junker	9907	Dr. Christian Erdelen	5415
Heidi Pelz	10636038	Claudia Marino	10576173
Stefan Katzenberger	10640251	Andreas Mayer	10612218

Der Landesparteitag möge beschließen, dass der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wie folgt geändert wird:

Im Abschnitt „Straßeninfrastruktur weiterentwickeln, Engpässe beseitigen, ländlichen Raum fördern“ wird am Ende eingefügt:

„Grundsätzlich ist beim Straßenausbau und Straßenneubau darauf zu achten, dass dieser auch künftig steigende Verkehrsaufkommen berücksichtigt und nach Möglichkeit Raum lässt für einen zukünftigen Ausbau.“

Begründung:

Viel zu oft passiert es, dass z.B. ein Ausbau der Autobahn erst passiert, wenn dieser längst überflüssig ist und der Ausbau dann nach völlig veralteten Verkehrsaufkommenprognosen umgesetzt wird, die bereits überholt sind oder absehbar überholt sein werden. Die Folge ist: Aus einer vierspurigen Autobahn wird eine sechsspurige Autobahn, obwohl bereits eine achtspurige Autobahn benötigt wird. Dies gilt es zu vermeiden. In einigen Bereichen ist ein Ausbau aber aus Platzgründen nicht möglich, obwohl beim Bau der Straße der Platz dafür noch da war, aber nicht für einen späteren Ausbau gesichert wurde vor z.B. Bebauung. Dies gilt es ebenfalls vorausschauend zu verhindern.

55.

S.43 Idealismus statt Gier

Antragsteller:

Ferdinand Mang	10637649	Dr. Richard Dörr	10660869
Robert Meyer	1015	Ralph Lutz	10644347
Jürgen Menath	10663260	Hannelore Mang	10679038
Erik Neumayr	10651353	Stefan Nehlein	10644340
Waltraud Glaubeck	10665207	Gerhard Scharrer	10569375
Rudolf Ganzmann	10664247	Lothar Menzel	10679998
Klaus Norgall	10612780	Ernst Gronauer	10622466
Maximilian Egger	10674386	Alessandro Blauhorn	10674925
Lukas Katheter	10662870	Angela Dutz	10674891
Georg Letzer	10656762	Elisa Mang	10664802

Ich stelle den Antrag auf Aufnahme der nachfolgenden Forderung in das Wahlprogramm der AfD Bayern auf Seite 43 unter der Überschrift: „Schlanker Staat im Dienst der Bürger“ nach Satz 3 (... Wir fordern die Senkung von Subventionen, die Bestrafung von Steuerverschwendung, den Verzicht auf Neuverschuldung des Staatshaushalts und die doppelte Buchführung der Staatsfinanzen.) folgende Sätze einzufügen:

„Weiter fordern wir die völlig überhöhte Mandatsentschädigung für Landtagsabgeordnete in Zukunft auf Höhe des bayerischen Familien-Medianeinkommens zu bemessen. Zudem sollen steuerfreie Kostenpauschalen der Landtagsabgeordneten durch die Erstattung nachgewiesener Aufwendungen ersetzt werden. Wir wollen einen neuen Typus des Politikers: sein Ziel soll nicht ein Leben im eigennützigen Luxus, sondern im spartanischen Kampf für das Wohlergehen seines Volkes sein!“

Begründung:

Die stete und übermäßige Erhöhung der Mandatsentschädigung steht schon lange nicht mehr im Verhältnis zu dem, was der „Durchschnittsbürger“ verdient. Auch haben diese exorbitanten Zahlungen nicht zu einer Erhöhung der Qualifikation der politischen Entscheidungsträger geführt. Vielmehr locken die hohen Entschädigungen nicht die Bestqualifizierten in die Politik, sondern es gedeihen Glücksrittertum, Beutegemeinschaften und Intrigen in den etablierten Parteien. Ziel eines Abgeordneten sollte sein, unser Vaterland zu schützen und unseren Kindern eine Zukunft in Wohlstand und Sicherheit zu ermöglichen, nicht das Ergattern luxuriöser Mandatsentschädigungen.

Die Bemessung der Vergütung an das Medianeinkommen setzt auch den richtigen Maßstab: das Medianeinkommen ist die Einkommenshöhe, von der aus die Anzahl der Personen mit niedrigeren Einkommen gleich groß wie die der Personen mit höheren Einkommen ist. Das bedeutet, dass das Einkommen der Mandatsträger erst dann steigt, wenn die Mehrheit der Bürger auch ein höheres

Einkommen erzielt. Sinkt das Einkommen für die Mehrheit der Bürger, sinkt auch das Einkommen für die verantwortlichen politischen Entscheidungsträger.

Mit einer solchen Regelung sind das finanzielle Wohl und Wehe des Politikers untrennbar mit dem Wohl und Wehe des Volkes verbunden. Dann ist auch zu hoffen, dass Politiker ihre Entscheidungen nicht mehr an den Wünschen der globalen Eliten ausrichten, sondern am Wohl des Volkes. Zuletzt führt ein Einkommen auf Höhe des Medians zwingend den Blick auf die tatsächlichen Verhältnisse in der Bevölkerung: kein Leben mehr im Elfenbeinturm, sondern auf dem harten Boden der Realität!

56.

S.45 Glaubwürdiger Einsatz für gesunde Staatsfinanzen

Antragsteller:

Wolfgang Wiehle	10573868	Wolfgang Kellermann	10610984
Pascal Pfannes	10623506	Michael T. Benker	10643467
Claudia Marino	10576173	Jörg Schäfer	10624314
Peter Junker	10638321	Werner Heim	10662240
Jacqueline Kretschmer	10597201	Martina Kranich	10650171
Klaus-Uwe Junker	9907	Roland Aicher	10591928
Sascha Hörr	10590359	Klaus Rohrer	10596557
Franz Bergmüller	5522	Oliver Multusch	10605479
Christian Demmel	10612073	Dr. Christian Erdelen	5415

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Leitantrag zum Wahlprogramm für die Landtagswahl wird wie folgt geändert:

Der Abschnitt „Aufbau einer bayerischen Goldreserve“ wird gestrichen.

Begründung:

Das wichtigste Ziel konservativer Haushaltspolitik ist die Schaffung eines transparenten und ehrlichen Landeshaushaltes sowie die Entschuldung des Landes. Unsere richtigen und wichtigen Forderungen in diesem Bereich würden mit der Goldreservenforderung im Leitantrag völlig überschattet werden. Die Forderung nach soliden Finanzen ist für breite Massen eingängig, eine Goldreserve hingegen nicht. Der richtige Einsatz der AfD zur Rückholung des deutschen Staatsgoldes aus dem Ausland und unsere Kritik am Papiergeldsystem ist bekannt und dokumentiert in den dafür Bundesprogrammen sowie der Arbeit der Bundestagsfraktion. Die Landesebene ist also keine geeignete wie notwendige Ebene für diese Thematik.

Sonstige Anträge

Resolution „Grundfunk statt öffentlich-rechtlicher Propaganda - Für eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks“

Antragsteller:

Dr. Simon Kuchlbauer	10569430	Alfred Hörr	10599855
Dr. Rainer Rothfuß	10644385	Sascha Hörr	10590359
Corina Zech	10611350	Stefan Soder	10646198
Michaela Klopp	1065 2694	Wolfgang Gottwald	10654810
Paul Traxl	10570460	Renate Gottwald	10653815
Monika Luff	10648513	Dieter Henschel	10618666
Andreas Reuter	10623884		

Der Landesband Bayern der Alternative für Deutschland fordert eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in Bayern.

Ausgangslage:

Die Meinungsfreiheit in Bayern und Deutschland ist in Gefahr.

Das liegt nicht nur an staatlich verordneter Zensur und der Kriminalisierung von regierungskritischen Meinungen, sondern auch daran, daß die vierte Gewalt im Staat, der unabhängige Journalismus, durch Marktkonzentrationen im Zeitungswesen an Vielfalt und Unabhängigkeit verloren hat. Darüber hinaus ist der öffentlich-rechtliche Rundfunk, der eigentlich ein Bollwerk des freien Wortes und ein Medium sein sollte, das den offenen Diskurs innerhalb der Gesellschaft ermöglicht, zur Beute der Altparteien geworden.

Spätestens die einseitige Berichterstattung und die Vermischung von Meinung und Bericht in der sogenannten Coronapandemie zeigten die grundlegende Reformbedürftigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks. Die journalistische Einseitigkeit dauert unvermindert fort – etwa in der Berichterstattung über die Ursachen des Ukrainekriegs und in der Klimaschutzdebatte.

Wissenschaftliche und politische Ansichten, die nicht der vorgegebenen Richtung entsprechen, kommen nicht oder kaum mehr zu Wort.

Diese Entwicklung begreifen wir – aufgrund der einseitig manipulativen Wirkung auf die öffentliche Meinungsbildung und entsprechend auf die Wahlergebnisse – als ernste Gefahr für Freiheit und Demokratie in unserem Land.

Die Ursachen für den schlechten Zustand von Journalismus und Meinungsfreiheit sehen wir insbesondere in der Einflußnahme politischer Parteien und anderer Lobbyverbände auf die journalistische Arbeit, die sich nicht zuletzt in der Besetzung des Rundfunkrats mit Mitgliedern politischer Parteien, Kirchen und anderer Interessensgruppen sowie in der Diskriminierung der AfD und unabhängiger Experten bezüglich der Repräsentation in Diskussionssendungen widerspiegelt. Außerdem ist es unverständlich, warum Menschen, die sich weigern, den Rundfunkbeitrag zu bezahlen, kriminalisiert werden: Immerhin offenbarten mehrere Skandale, daß die Rundfunkanstalten das Geld der Beitragszahler verschleudern, indem nicht nur überbezahlte und

teilweise unnötige Produktionen finanziert, sondern auch überhöhte Gehälter und Pensionen vom einfachen Bürger und Beitragszahler geschultert werden müssen.

Die Alternative für Deutschland in Bayern fordert:

Wir fordern daher zunächst die Journalisten des Bayerischen Rundfunks auf, sich wieder auf ihr Berufsethos zu besinnen, sich von der Einflußnahme ihrer Vorgesetzten zu befreien und zu einer fairen, kritischen und unabhängigen Berichterstattung im Sinne ihrer eigentlichen Auftraggeber, den Bürgern, zurückzufinden.

Dieser Schritt kann jedoch nur der Anfang für eine grundlegende Reform des Rundfunkwesens in Deutschland und Bayern sein.

Wir fordern daher eine grundlegende Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die die Struktur, das Angebot und die Finanzierung umfaßt.

Wir treten für eine drastische Verschlankung des Bayerischen Rundfunks und eine Konzentration des Angebots auf die gesellschaftlich und politisch relevante Grundversorgung ein. Der Rundfunk in Bürgerhand sollte sich auf Kultur- und Bildung sowie unabhängige Berichterstattung über internationale, nationale und regionale Politik sowie regionale Sportereignisse beschränken.

Teure Filmproduktionen und Unterhaltung können aus unserer Sicht von privaten Anbietern ohne Verlust für den Grundauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks übernommen werden.

Die überdimensionierte Struktur des Bayerischen Rundfunks möchten wir auf ein notwendiges Mindestmaß reduzieren. Der wichtigste Schritt hierzu ist der Austritt aus dem Medienstaatsvertrag und die Reduzierung der Anzahl der Programme auf je ein einziges Grundfunkprogramm für den Hörfunk und für das Fernsehen.

Diese Verschlankung ermöglicht eine drastische Reduzierung des Rundfunkbeitrags. Die inhaltliche und finanzielle Reform des Bürgerrundfunks wird dazu führen, daß die Menschen in Zukunft wieder bereit sein werden, die Gebühren für den unabhängigen Journalismus zu bezahlen.

Um diese Überparteilichkeit zu garantieren, schlagen wir die direkte Wahl der Rundfunkräte durch die Wähler in Bayern in Anlehnung an die Sozialwahlen vor.

Ein überparteiischer Rundfunk kann nur durch den gemeinsamen Bürgerwillen entstehen

Wir fordern daher alle Fachleute und Bürger auf, sich am Aufbau einer überparteilichen Initiative zu beteiligen, deren Aufgabe die Vorbereitung eines Volksbegehrens zur Reform des öffentlich-rechtlichen Rundfunks ist.

Der Rundfunk gehört in die Hände und unter wirksame Kontrolle der Bürger und muß vom Einfluß der Regierung und der Parteien befreit werden!